

Hans-Joachim Spanger

# Modernisierung contra Demokratisierung

Putins russischer Weg

HSFK-Report 12/2004



Hessische  
Stiftung  
Friedens- und  
Konfliktforschung

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse des Autors:

HSFK · Leimenrode 29 · 60322 Frankfurt am Main

Telefon: (069) 95 91 04-0 · Fax: (069) 55 84 81

E-Mail: [spanger@hsfk.de](mailto:spanger@hsfk.de) · Internet: <http://www.hsfk.de>

**ISBN: 3-937829-08-3**

**Euro 6,-**

## Zusammenfassung

An Russland scheiden sich erneut die Geister. Die jüngsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, von der OSZE als „frei“ aber nicht „fair“ charakterisiert, die Jukos-Affäre sowie die Abschaffung der Direktwahl der Gouverneure zeigen unmissverständlich, was in Russland unter „gelenkter Demokratie“ verstanden wird. Putin und der Putinismus gelten zusehends als Synonym für eine autoritäre Politik, die zwar die wirtschaftliche Modernisierung des Landes vorantreiben will, dafür aber die Demokratie zu opfern bereit ist. Den vielfältigen Bekenntnissen des Präsidenten zur Freiheit und Demokratie sind jedenfalls bislang ganz überwiegend genau entgegengesetzte Taten gefolgt. Doch auch wenn die Richtung klar ist, wie weit der eingeschlagene Weg einer autoritären Formierung führt und welcher inneren Dynamik er folgt, ist damit ebenso wenig entschieden, wie es Klarheit über den Platz gibt, den Russland aktuell in der Grauzone zwischen Demokratie und Autokratie bekleidet und wie auf all dies zu reagieren ist.

Die gängigen Demokratie-Indices gelangen bei der Einordnung Russlands zu auffallend unterschiedlichen Ergebnissen und bieten daher kaum Orientierungen. „Freedom House“ charakterisiert Russland 2003 als „teilweise frei“, platziert es mit einem Skalenswert von „5“ aber unmittelbar vor den „unfreien“ Ländern, die bei „5,5“ beginnen. Bei „Polity IV“ ist das Ergebnis mit „+7“ deutlich positiver, da Russland hier knapp unter der Grenze zur „Full Democracy“ (ab „+8“) rangiert. Allerdings ist hier letztmals das Jahr 2002 erfasst. Der neue „Bertelsmann Transformation Index“ wiederum lokalisiert Russland als, wie es heißt, „defekte Demokratie“ mit „erfolgreichem Management mit Schwächen“ 2003 zwischen beiden jeweils im oberen Drittel der insgesamt 116 erfassten Staaten – mit aufstrebender Tendenz. Teilindices für die Pressefreiheit sowie für die wirtschaftliche Freiheit kommen zu jeweils noch pessimistischeren Ergebnissen.

In der Wissenschaft wiederum gibt es jenseits der allgemein geteilten Diagnose, dass Putins Russland in der „semi-autoritären“ Grauzone der auslaufenden „dritten Welle“ der Demokratisierung gelandet sei, beträchtliche Differenzen zur Frage der Ursachen für die allenthalben registrierten autoritären Tendenzen sowie bezüglich der demokratischen Entwicklungsperspektiven. Dabei sind zugespitzt eine russophobe und eine russophile Schule zu unterscheiden. Damit korrespondieren im wesentlichen vier unterschiedliche wissenschaftliche Konzepte: zwei, die mit kulturalistischen Argumentationen sowie unter Verweis auf die Spezifika des Transitionsmodus zu skeptischen oder gar alarmistischen Urteilen gelangen sowie zwei weitere, die in der Tradition der Modernisierungstheorie und der politischen Ökonomie argumentieren und deutlich gelassener urteilen. Die grundlegenden Differenzen zeigen, dass auch eine wissenschaftlich begründete Auflösung des Bewertungs- und Einordnungsdilemmas nicht ohne weiteres zu erwarten ist.

Einen alternativen Zugang eröffnet die Analyse der semi-autoritären Grauzone, die mittlerweile 80 der 100 Länder umfasst, die einst zur „dritten Welle“ rechneten. Russland teilt mit diesen *volens nolens* nicht nur das Schicksal, sondern auch die Merkmale. Hatte es am Beginn der „dritten Welle“ noch den Anschein, als würden einer erfolgreichen Demokratisierung keinerlei strukturelle Barrieren entgegen stehen, so können diese angesichts der wachsenden Zahl autoritärer Abweichungen nicht länger ignoriert werden. Eine we-

sentliche Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang den Problemen der Staatsbildung zu. Sie waren auch in Russland einschlägig und ebneten den Weg von der Atrophie des Staates unter Jelzin zu seiner Apotheose unter Putin. Diese vollzog sich unter dem Imperativ einer Rehabilitierung der elementaren Staatsfunktionen, für die Putin am Beginn seiner Amtszeit eine breite politische Koalition schmieden konnte – im Namen der Demokratie ebenso wie zur Befriedigung sozialer Bedürfnisse oder zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. Mit und zugleich jenseits des Staates hat sich dabei in Russland wie in vielen anderen Ländern der Grauzone ein „dominantes Machtzentrum“ (Thomas Carothers) etabliert, das von anderen potentiellen Machtzentren nicht länger herausgefordert werden kann.

In Russland sind die Grundlagen des „dominanten Machtzentrums“ bereits unter Jelzin entstanden. Dessen Charakteristika haben sich aber erst im konsolidierenden Übergang von Jelzins oligarchisch-deliberativem zu Putins bürokratisch-zentralistischem Autoritarismus herausgebildet. Beide Varianten sind auf jeweils eigene Weise ein typisches Merkmal von Rohstoffökonomien und beide sind Formen eines „crony capitalism“, der auf der innigen Verbindung zwischen der Staatsbürokratie und großen Kapitalgruppen beruht. Daran hat sich trotz der Attacken auf den „oligarchischen Kapitalismus“ unter Putin im Prinzip nichts geändert. Zwar wird der Staat heute nicht länger von außen privatisiert, wohl aber von innen instrumentalisiert, so dass auf paradoxe Weise mit Putins Autoritarismus zwar das Regime, nicht aber auch der Staat stärker geworden ist. Dies zeigt sich exemplarisch in der Jukos-Affäre. In ihr sind das politische Ziel, einem besonders aggressiven und prominenten Oligarchen – und damit auch allen anderen – die Grenzen aufzuzeigen, das Bedürfnis, die staatliche Kontrolle in einem Wirtschaftssektor zurückzugewinnen, der für Russland von existentieller Bedeutung ist, und ganz profane Gier eine charakteristische Verbindung eingegangen.

Auch wenn insoweit die Unterschiede zwischen dem Jelzinismus und dem Putinismus weniger substantieller als prozeduraler Natur sind, so fallen die Reaktionen auf westlicher Seite doch heftig aus und unterscheiden sich zum Teil signifikant. Sowohl von offizieller als auch von publizistischer und wissenschaftlicher Seite werden vermehrt Forderungen laut, künftig gegenüber Putins Russland Distanz zu wahren und das Land nicht länger in westlichen Clubs wie der G-8 zu dulden, um so auf eine Einhaltung demokratischer Normen zu drängen. Auf der anderen Seite wird *business as usual* praktiziert und propagiert, was nicht zuletzt in der Überzeugung geschieht, dass Putins Russland ein strategischer Partner ist und bleibt, dessen Wert durch demokratische Defizite nicht geschmälert wird. Ein solches Interesse ist durchaus plausibel und rechtfertigt eine fortgesetzte Kooperation. Diese darf jedoch nicht dazu führen, vor den Defiziten die Augen zu verschließen. Vielmehr ist die russische Führung öffentlich sowie in den von ihr geschätzten westlichen Clubs in einen kontinuierlichen Dialog über die offiziell deklarierten demokratischen Ziele und deren Verwirklichung einzubinden. Dabei sind Taten und nicht wohlfeile Worte der Maßstab, an dem sich auch eine Fortführung der Integrationspolitik entscheidet.

## **Inhalt**

<b>1.</b>	<b>Russland und die Skalierung der Demokratie</b>	<b>6</b>
<b>2.</b>	<b>Vom Jelzinismus zum Putinismus und dann?</b>	<b>13</b>
<b>3.</b>	<b>Die Kartierung der russischen Grauzone</b>	<b>21</b>
<b>4.</b>	<b>Die Jukos-Affäre als Menetekel</b>	<b>26</b>
<b>5.</b>	<b>Die Konsequenzen: Kooperation in der semi-autoritären Grauzone</b>	<b>34</b>



Im Osten geht ein neues Gespenst um – das Gespenst des Putinismus. Unlängst noch als Partner gefeiert, dem man in die Augen blicken konnte, wird „Vlad the impaler“, wie der Economist im November 2003 titelte,<sup>1</sup> mehr und mehr zur Symbolfigur jener auslaufenden Demokratisierungswelle, die sich zunehmend in einem neuen Autoritarismus verliert. Die Kriegführung des russischen Präsidenten in Tschetschenien, die Ausschaltung politischer Opposition und die Gleichschaltung der Medien weisen unmissverständlich in nur eine Richtung: In Russland konsolidiert sich nicht die Demokratie sondern eine neue Autokratie. Dass vor diesem Hintergrund die einstigen Partnerschaftsbekundungen, die Russland in den vielfältigen Koalitionen, Allianzen und Achsen des Westens willkommen hießen, zunehmend schal klingen, kann kaum verwundern. Erneut scheiden sich an ihm die demokratischen Geister.

Der bislang deutlichste Ausdruck der Beunruhigung findet sich in dem Offenen Brief, den 115 westliche Politiker und Intellektuelle höchst unterschiedlicher Couleur am 28. September 2004 an die Staatsoberhäupter und Regierungschefs der EU und der NATO gerichtet haben. Darin wird nicht nur beklagt, dass sich die russische Führung „von den demokratischen Kernwerten der euroatlantischen Gemeinschaft“ lossage, dass die „Dominanz der Sicherheitsdienste“ wachse und dass auch Putins Außenpolitik „mehr und mehr von einer drohenden Haltung gegenüber Russlands Nachbarn und gegenüber der Energiesicherheit Europas gekennzeichnet“ sei. Vielmehr kulminiert der Brief in der Feststellung, dass „unsere gegenwärtige Strategie gegenüber Russland“ versage und „dass wir uns eindeutig auf die Seite der demokratischen Kräfte in Russland“ zu stellen haben.<sup>2</sup>

Neu sind diese Vorhaltungen nicht. Dass gemeinsame Werte und nicht allein gemeinsame Interessen die Grundlage einer stabilen Partnerschaft bildeten, hatte Außenminister Colin Powell in deutlicher Abkehr von der realistischen Doktrin, die seine Administration im Zeichen der gemeinsamen Front gegen den Terrorismus gegenüber Russland angeleitet hatte, schon zu Beginn des Jahres postuliert. In einem Gastbeitrag für die Tageszeitung Iswestija, den er im Januar 2004 aus Anlass seines Moskau-Besuchs veröffentlichte, verwies er zwar darauf, dass Russland und die USA auch deshalb zum gegenseitigen Vorteil kooperierten, weil sie beim Terrorismus und der Nutzung der russischen Energieressourcen übereinstimmende Interessen hätten. Jenseits der Interessen und jenseits des Vertrauens zwischen den politischen Führern jedoch, „beruht die Fähigkeit zweier Nationen zur Kooperation auf einer Konvergenz der grundlegenden Prinzipien, die in den Gesellschaften breit geteilt werden.“ Und hier geben „gewisse Entwicklungen“ der letzten Monate der US-Administration „zu denken“. So habe das demokratische System noch nicht die notwendige „Balance“ zwischen den drei Gewalten gefunden, die politische Macht sei noch nicht in vollem Umfang durch das Gesetz gebunden, die Medien und die Parteien seien noch nicht in ausreichendem Maße unabhängig und auch in Tschetschenien und gegen-

1 The Economist, 1.-7. November 2003.

2 Der Brief ist in deutscher Übersetzung abgedruckt in Russlandanalysen, Nr. 39, 2004, S. 9f.

über den Nachfolgestaaten der Sowjetunion weckten „gewisse Aspekte“ der russischen Politik amerikanische „Besorgnisse“.<sup>3</sup>

Mit dieser Referenz an die Rhetorik der einst von republikanischer Seite in den USA dafür geschmähten Clinton Administration bekräftigte Powell, wozu sich zur gleichen Zeit auch die Europäische Union bekannte, die nicht weniger deutlich die Wahrung der von Putin zunehmend ignorierten Werte forderte:

„The EU can influence developments in Russia if it is ready to take up difficult issues with Russia in a clear and forthright manner. The EU as a whole should confirm that shared European values remain the basis for deepening relations.“<sup>4</sup>

Es war die irritierende Erfahrung des EU-Russland-Gipfels unter italienischer Präsidentschaft im Herbst 2003 in Rom, als Silvio Berlusconi und Wladimir Putin sich zur Abwehr gleichermaßen vertrauter Kritik in eine *mésalliance* begaben, die den Europäischen Rat veranlasste, von der Kommission eine Überprüfung der Russland-Politik anzufordern.<sup>5</sup> Diese brachte denn auch die wachsende Frustration der EU zum Ausdruck, die im Unterschied zu den USA nicht allein aus den demokratischen Defiziten resultierte, sondern auch aus sehr handfesten außenpolitischen Differenzen – von den Auseinandersetzungen über Russlands Ratifizierung des Kyoto-Protokolls über die Transitregelungen nach Kaliningrad bis zu den handelspolitischen Folgen der EU-Erweiterung und zur Aufnahme Russlands in die WTO.

Doch nicht nur in der Person Silvio Berlusconis, sondern auch in George Bush, Gerhard Schröder oder Jacques Chirac hatte und hat der russische Präsident mächtige und getreue Verbündete. Und in seltener Übereinstimmung zögern sie bis heute nicht, dies auch öffentlich zum Ausdruck zu bringen – ungeachtet der autoritären Evidenz in Russland und ungeachtet der EU-Postulate. So gab es für den amerikanischen Präsidenten beim Gipfeltreffen mit Putin im September 2003 keinen Zweifel am russischen Weg zur Demokratie:

„I respect President Putin’s vision for Russia: a country at peace within its borders, with its neighbors, and with the world, a country in which democracy and freedom and the rule of law thrive.“<sup>6</sup>

3 Colin Powell, Partnerschaft – im Bau, in: *Izvestija*, 26. Januar 2004. Vgl. im gleichen Tenor „Testimony of Beth Jones, Assistant Secretary, Bureau of European and Eurasian Affairs, U.S. Department of State (Written Statement),“ Hearing: United States Priorities in Europe, House International Relations Committee, Subcommittee on Europe, 3. März 2004, in: *Johnson’s Russia List* (CDI Russia Weekly), [www.cdi.org](http://www.cdi.org). Ähnlich auch der Bericht „Supporting Human Rights and Democracy: The U.S. Record 2003-2004“ des Bureau of Democracy, Human Rights and Labor des US-Außenministeriums vom 17. Mai 2004, in: *Johnson’s Russia List* (JRL 8215), [www.cdi.org](http://www.cdi.org).

4 Communication from the Commission to the Council and the European Parliament on relations with Russia, COM (2004) 106, 9. Februar 2004, S. 4.

5 Dies manifestierte sich in wiederholten Formulierungen der Art: „There is a need for increased EU coordination and coherence across all areas of EU activity – sending clear, unambiguous messages to Russia“ (S. 3).

6 Zit. nach Mark Brzezinski, *A Crossroads in U.S.-Russia Relations*, 19. Dezember 2003, in: [www.americanprogress.org](http://www.americanprogress.org). Vor dem Hintergrund dieser Einschätzung kann es kaum verwundern, dass die Bush-

Das gilt in gleicher Weise für den deutschen Bundeskanzler, der etwa aus Anlass eines seiner zahlreichen Besuche in Moskau am 8. Juli 2004 die deutsch-russischen Beziehungen nicht nur in den höchsten Tönen lobte, als „strategische“ sowie als „neue und wirklich glückliche Partnerschaft“, sondern auch die Erfolge der „entschlossenen Reformpolitik Präsident Putins“ herausstellte.<sup>7</sup> Dass er den offiziell so genannten Wahlen zur Präsidentschaft in Tschetschenien im September des Jahres gar demokratische Qualitäten attestierte und sich ansonsten gegen eine „Lautsprecherpolitik“ verwahrte, fügt sich ins weich gezeichnete Bild und verlangte seinen Lautsprechern in der Folge interpretatorische Höchstleitungen ab.<sup>8</sup> Da sich nach dieser offiziellen Lesart Russland auf dem richtigen Weg befinde, sei vor allem Geduld gefordert und müsse es bei einer Politik des umfassenden „engagement“ bleiben.<sup>9</sup>

Der wachsende Chor der Kritik blieb in Russland natürlich nicht unbemerkt und löste dort Bemühungen um eine Reparatur des Images aus, die allerdings in unterschiedliche Richtungen zielten. So machte mit dem ihm eigenen Gespür für bedrohliche Stimmungen Wladimir Putin nach seiner Wiederwahl die Sicherung und den weiteren Ausbau der demokratischen Errungenschaften zu einem der – rhetorisch – prominentesten Themen seiner zweiten Präsidentschaft. Bereits unmittelbar nach seiner Wiederwahl am 14. März bekannte er:

„Ich verspreche, dass die demokratischen Errungenschaften unseres Volkes gesichert und garantiert werden. Wir werden nicht bei dem Erreichten stehen bleiben, wir werden das Mehrparteiensystem stärken. Wir werden die Zivilgesellschaft stärken und alles tun, um die Pressefreiheit zu sichern. Und das Hauptziel ist, die demokratischen Institutionen zu stärken.“<sup>10</sup>

In der kurzen Ansprache zu seiner Amtseinführung am 7. Mai verwarf er sodann alle Vorstellungen, dass Erfolg und Wohlstand Russlands von nur einer Person oder einer politi-

Administration drastische Einschnitte beim Freedom Support Act und damit bei der US-Demokratieförderung in Russland verfügte, worauf die Kritiker aus dem Lager der US-Demokraten mit besonderem Nachdruck hinweisen, vgl. z. B. Graham Allison, Mark Brzezinski, Toby T. Gati, Questioning Bush's Foreign Policy, in: *Moscow Times*, 16. Juni 2004, S. 10.

7 Vgl. die Erklärung der Bundesregierung zum Besuch („Bundeskanzler Schröder. Die deutsch-russischen Beziehungen waren noch nie so gut“) sowie die Rede des Bundeskanzlers vor Studenten und Absolventen der Finanzakademie in Moskau, in: [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de). Die von Powell und der EU ange-mahnte „Gemeinschaft der Werte“ schien dagegen als gemeinsame Aufgabe nur am Rande auf, die zu erreichen in Sonderheit der verstärkten kulturellen Zusammenarbeit aufgegeben sei.

8 In einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 23. September 2004 heißt es dazu unter Verweis darauf, „dass niemand in Deutschland ein Interesse an einer Instabilität ausgerechnet in Russland haben darf“: „Über die durchaus vorhandenen unterschiedlichen Bewertungen über die eine oder andere Maßnahme Russlands in Tschetschenien rede ich intern mit dem russischen Präsidenten. Aber nur intern, weil ich glaube, dass das die einzige Möglichkeit ist, Einfluss zu nehmen.“ (S. 3)

9 So auch die leicht veränderten Akzente der Stellungnahme der Assistant Secretary of State, Beth Jones, in einem Hearing des Ausschusses für Internationale Beziehungen des US-Repräsentantenhauses am 18. März 2004, in: [http://wwwc.house.gov/international\\_relations/108/jone031804.htm](http://wwwc.house.gov/international_relations/108/jone031804.htm) (Zugriff: 2. Juni 2004).

10 Putin Puts Focus on Democracy, in: *Moscow Times*, 16. März 2004.

schen Partei abhingen, dieses Privileg gebühre vielmehr einer „reifen Zivilgesellschaft“, denn: „Nur freie Menschen in einem freien Land können wirklich erfolgreich sein.“<sup>11</sup> Und in der jährlichen programmatischen Rede des Präsidenten vor den beiden Kammern des Parlaments am 26. Mai erhob er eine „reife Demokratie“ und eine „entwickelte Zivilgesellschaft“ in den gleichen Rang wie seine klassischen Themen eines hohen Lebensstandards, eines sicheren und komfortablen Lebens und eines gesicherten Platzes Russlands in der Welt. Mehr noch: „Ich bin davon überzeugt, dass die Schaffung einer freien Gesellschaft freier Menschen unsere wichtigste Aufgabe ist.“ Auch räumte er eine „kritische Einschätzung des Standes unserer Demokratie“ ein, um dann jedoch fortzufahren: „Es ist klar, dass bei der Schaffung der jungen russischen Demokratie erhebliche Erfolge erzielt wurden. Und jene, die diese Erfolge nicht wahrnehmen oder die sie nicht wahrnehmen wollen, sind nicht sehr ehrlich.“ Implizit an die Adresse der westlichen Kritiker gerichtet heißt es gar: „Politischer, ökonomischer und informationeller Druck sind heute Waffen im globalen Wettbewerb geworden. Unsere Anstrengungen, unseren Staat zu stärken, werden manchmal gezielt als Autoritarismus interpretiert.“<sup>12</sup>

Bekanntnisse dieser Art hatte Putin indes auch schon in der Vergangenheit abgelegt, und wie in der Vergangenheit folgten auch jetzt den schönen Worten genau entgegengesetzte Taten – zumal nach den terroristischen Anschlägen im September 2004. Den kryptischen Bemerkungen, die Putin in seiner Rede vor den Parlamentskammern den „Waffen im globalen Wettbewerb“ sowie ungenannten NGOs in Russland widmete, kommt denn auch eine viel größere praktische Bedeutung zu. So warf Putin den NGOs vor, sich vor allem um Finanzierungen ausländischer Stiftungen zu bemühen oder fragwürdigen Gruppen- und kommerziellen Interessen zu dienen. Die eigentlichen Probleme des Landes jedoch ignorierten sie, denn: „Sie können die Hand nicht abhacken, die sie füttert.“<sup>13</sup> Und auch in seiner Fernsehansprache nach dem Geiseldrama von Beslan am 4. September waren es sinistre äußere Kräfte, die sich des Terrorismus bedienten, um vor allem Russlands Stärke als „eine der größten Atomkräfte“ zu treffen.<sup>14</sup> Bei einem führenden Vertreter seiner Administration, dem gemeinhin als liberal geltenden Wladislaw Surkow, klingt dies in Gestalt einer „fünften Kolonne linker und rechter Radikaler“ nach innen gewendet noch um einiges manichäischer:

11 Die Rede ist über die Webseite des Kreml abrufbar, [www.kremlin.ru](http://www.kremlin.ru).

12 Wladimir Putin, Ansprache vor der Föderalversammlung der Russischen Föderation, 26. Mai 2004, in: [www.kremlin.ru](http://www.kremlin.ru). Dass sich die russische Führung vor dem Hintergrund solcher Wahrnehmungen im Westen offenkundig bereits auch Sorgen um das Investitionsklima macht, brachte wenig später Ministerpräsident Fradkow mit seiner öffentlichen Bemerkung zum Ausdruck, dass sich westlichen Investoren keine Sorgen über den vermeintlichen wachsenden Autoritarismus in Russland machen, sondern durch ihre Investitionen dazu beitragen sollten, den ungebührlichen Einfluss der großen russischen Finanz-Industrie-Konglomerate zu brechen, vgl. *Moscow Times*, 23. Juni 2004, S. 1.

13 [www.kremlin.ru](http://www.kremlin.ru).

14 Zit. nach *Russlandanalysen*, Nr. 36, 2004, S. 14.

„Wir müssen begreifen: Der Feind ist überall. Die Front verläuft durch jede Stadt, jede Straße, jedes Haus. Wir müssen wachsam sein, solidarisch, hilfsbereit, und die Anstrengungen der Bürger und des Staates vereinigen.“<sup>15</sup>

Solcherlei Verschwörungstheorien, einst in die Formel einer beständigen Verschärfung des Klassenkampfes nach innen und außen gekleidet, waren im Zweifel schon immer eine Einladung an die Organe der (bürokratischen) Macht zur Repression und werfen ein wenig schmeichelhaftes Licht auf das Verständnis, das der Präsident Demokratie und Gesellschaft, aber auch seinen „strategischen Verbündeten“ im Westen, entgegen bringt.<sup>16</sup> Zwar war nach dem 11. September 2001 auch in den USA Wachsamkeit gegenüber den „evil doers“ das Gebot der Stunde, und es sollte nicht übersehen werden, dass sich Putin deklaratorenseits weiterhin in der westlich-liberalen Tradition bewegt, ohne Rekurs auf nationalistische Untertöne oder auf die durchaus populäre Bekräftigung spezifisch russischer Entwicklungspfade.<sup>17</sup> Die Taten indes entsprechen dem allein noch in der Wirtschaft, in der Gestaltung des politischen Systems einer „gelenkten Demokratie“ immer weniger.

Insoweit hat sich am Beginn der zweiten Amtszeit Wladimir Putins der Nebel gelichtet, denn seine etatistische Präferenz für eine „Diktatur des Gesetzes“ und eine klar gegliederte „Vertikale der Macht“ geht deutlich über die im Ursprung nur zu verständliche Absicht hinaus, dem unter Boris Jelzin dahin siechenden russischen Staat zu seinem Recht zu verhelfen. Doch auch wenn die Richtung klar ist, wie weit und wohin der eingeschlagene Weg einer autoritären Formierung führt und welcher inneren Dynamik er folgt, ist damit noch nicht entschieden. Das gilt um so mehr, als an der zweiten Säule des Putinismus, den neoliberalen Prämissen der Wirtschaftspolitik, trotz aller staatlichen Interventionen nicht gerüttelt wird, was mit den gängigen Mustern der westlichen Transitologie, der synergetischen Verbindung zwischen politischer und wirtschaftlicher Freiheit, kaum in Einklang zu bringen ist.

Das mag die Irritation und Konfusion erklären, die auf westlicher Seite zur Politik gegenüber und zur Zusammenarbeit mit Russland herrscht. Es ist folglich Aufklärung gefordert, zu der dieser Report beitragen will, indem er das Phänomen des Putinismus einer

15 Zit. aus einem Interview in Komsomol'skaja Pravda in „Administracija prezidenta nazvala glavnych vragov Rossii“, in: www.polit.ru. (Zugriff am 30. September 2004). Dabei nennt er explizit auch Jabloko, als „falsche Liberale“.

16 Eine offenkundige Folge war denn auch, dass Außenminister Sergej Lawrow am 22. Juni 2004 insgesamt 48 loyale NGOs in sein Ministerium einlud, um mit ihnen über eine koordinierte Verbesserung des russischen Images im Ausland zu beraten und dem Einfluss jener Organisationen entgegenzutreten, die in Putins Rede für die aktuellen Probleme verantwortlich gemacht wurden, vgl. Kremlin looking for loyal NGOs, in: Moscow Times, 25. Juni 2004, S. 1. Ähnlich auch dürfte eine Gesetzesinitiative in der Duma vom Juli 2004 zu bewerten sein, die russischen wie internationalen Gebern eine offizielle Registrierung bei der Regierung abverlangt, wenn sie NGOs Zuwendungen zukommen lassen wollen. Andernfalls sind erhebliche Steuerforderungen vorgesehen.

17 Wie russische Sonderwege jenseits des autokratischen *mainstreams* dagegen aussehen, ist *pars pro toto* etwa dem „Manifest der Eurasischen Bewegung“ eines Aleksandr Dugin zu entnehmen, das in kondensierter Form alle Topoi enthält, die sich in Deutschland bereits in der konservativen Revolution der 1920er Jahre ausgetobt hatten – mit den bekannten verhängnisvollen Folgen. Das Manifest findet sich im Internet unter <http://eurasia.com.ru>.

systematischen Betrachtung unterzieht.. Das erfordert im ersten Schritt, den Augenschein zu rekapitulieren. Darüber hinaus bedarf es aber systematischer Vergleiche und der Einordnung Russlands in jene theoretischen Konzepte, die der Empirie interpretatorisch Sinn verleihen. Daher ist im zweiten Schritt auf die Versuche einzugehen, den Freiheitsgrad der politischen Ordnung in Russland in größere Maßstäbe einzuordnen und zu messen, auch wenn diese, wie zu zeigen ist, nur wenig Erhellendes beizutragen haben. In einem dritten sind sodann die gängigen theoretischen Konzepte heranzuziehen, von denen sich die Erklärungsversuche des Putinismus anleiten lassen. Da Russland zwar mit der Sowjetunion auch das sowjetische System hinter sich gelassen, gleichwohl aber nicht den in der Transiologie vorgesehenen Weg der demokratischen Konsolidierung eingeschlagen hat, gehört es zu jenen Regimen, die im Zuge der „dritten Welle“ in der semi-autoritären Grauzone zwischen Demokratie und Autokratie gelandet sind. Auch Russland stellt damit das „transition paradigm“ in Frage,<sup>18</sup> und auch wenn die analytische Durchdringung dieser Grauzone noch am Anfang steht, so kann doch entlang der vorliegenden Arbeiten eine systematischere Bewertung der jüngeren politischen Entwicklung erfolgen. Dies soll illustrierend an Hand der Jukos-Affäre geschehen, der für unsere Betrachtung paradigmatische Bedeutung zukommt. Abschließend ist noch einmal auf die Konsequenzen einzugehen, die all dies für die westliche Politik gegenüber Russland haben kann – und sollte.

## 1. Russland und die Skalierung der Demokratie

Im semi-offiziellen, von einigen der Polittechnologien des Kreml kultivierten Verständnis herrscht in Putins Russland eine „gelenkte Demokratie“. Danach befindet sich das Land zwar auf dem Weg zu einer Demokratie, bedarf jedoch auf Grund zahlreicher Defekte in der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Rechtsordnung bis auf weiteres einer starken steuernden Hand an der Spitze des Staates.<sup>19</sup> Soweit sich in Putins Regime autoritäre Züge zeigen, stellen diese folglich nur einen notwendigen Umweg, keineswegs aber eine Abkehr vom Weg zur demokratischen Tugend dar. Das sehen kritische Beobachter ganz anders. Für Lilia Schewzowa etwa markieren die letzten Wahlen das „Ende von Russlands liberaldemokratischem Experiment.“<sup>20</sup> Während sie das Jelzin-Regime noch als „Wahlautokratie“ charakterisierte, habe sich unter Putin eine Metamorphose zu einem „bürokratisch-autoritären Regime“ vollzogen. Zwar konzentrierten beide die Macht im Amt des Präsidenten, doch während Jelzin immer wieder neue Koalitionen bilden und Kompromisse

18 Vgl. zu diesem Konzept und seiner Fragwürdigkeit Thomas Carothers, *The End of the Transition Paradigm*, in: *Journal of Democracy*, Jg. 13, Nr. 1, 2002, S. 5-21.

19 Vgl. im Einklang mit offiziellen Verlautbarungen dazu z. B. Sergei Markov, *The Future of Managed Democracy*, in: *Moscow Times*, 27. Januar 2004, S. 10.

20 Lilia Shevtsova, *Russia's Electoral Time Bomb*, in: *The Moscow Times*, 1. März 2004. Ähnlich auch Wladimir Ryschkow, der in der *Nowye Iswestija* vom 20. Januar 2004 zu den Duma-Wahlen anmerkte: „Es siegte das Finsterste, was es im sowjetischen und zaristischen Russland gegeben hat. Unsere Gesellschaft nimmt immer größeren Abstand von liberalen Werten.“

eingehen musste, stütze sich Putin allein auf die Bürokratie und lasse so einen Staat wieder auferstehen, der der Gesellschaft seinen Willen aufzwingt – auch wenn sein Regime für einen diktatorischen „Polizeistaat“ zu schwach und schon gar nicht dauerhaft stabil sei.<sup>21</sup> Noch radikaler äußert sich Pawel Felgenhauer, der in Putins Russland in Übereinstimmung mit Zbigniew Brzezinski bereits eine Kopie von Mussolinis faschistischem Italien entstehen sieht.<sup>22</sup>

Auch wenn bei solchen Bewertungen des aktuellen Regimes Boris Jelzin und sein erratischer Herrschaftsstil im Rückblick ungebührlich demokratisch idealisiert werden, so erlauben die fünf Jahre des Wladimir Putin kaum mehr einen Zweifel: Zwar gelang es ihm, seine Herrschaft und auch den russischen Staat in einer Weise zu konsolidieren, wie es Jelzin nie möglich war, doch geschah dies um den Preis einer Aushöhlung der ohnedies schon schwachen demokratischen Institutionen. Die wichtigsten Stationen des neuen Kurses, mit dem er sich sowohl die Unterstützung der Bevölkerung sicherte als auch deren Rechte beschnitt, sind bekannt. Es begann im Herbst 1999 mit dem zweiten Krieg in Tschetschenien, der die Entschlossenheit der neuen Führung demonstrierte, die Integrität und Sicherheit Russlands mit allen Mitteln zu verteidigen. Es folgte die Disziplinierung der neuen Reichen, die dem russischen Kapitalismus seit Mitte der 1990er Jahre sein charakteristisches oligarchisches Gesicht verliehen hatten. Erstes Ziel waren hier im Jahre 2000 mit Wladimir Gusinskij und Boris Beresowskij jene beiden Oligarchen, die über Medienmacht verfügten und davon reichlich Gebrauch machten.<sup>23</sup> Sie fielen einer konzentrierten Aktion der Steuer- und der Strafverfolgungsbehörden zum Opfer, die auch in späteren Fällen Schule machen sollte. Das Ergebnis war eine de facto Verstaatlichung der elektronischen Medien, womit sich Putin zugleich in weiten Teilen des Landes das Informationsmonopol sicherte. Daran schloss sich die Disziplinierung der Regionen an. Dies geschah zum einen durch die Entmachtung des Föderationsrates. Indem die Gouverneure und Parlamentspräsidenten der 89 Föderationssubjekte mit dem Argument einer „Professionalisierung“ der Kammer durch zwei Delegierte ihrer Regionen – mit permanentem Sitz in Moskau – ersetzt wurden, degenerierte die zweite Parlamentskammer in der Praxis zu einem reinen Appellationsorgan. Zum anderen schuf der Kreml sieben an die zaristischen Generalgouvernements gemahnende Großregionen, in denen Beauftragte des Prä-

21 Lilia Shevtsova, *Between Stabilization and a Breakthrough: Interim Results of Vladimir Putin's Presidency*, Briefing Papers (Moskowskij, Zentr Karnegi), Jg. 4, Nr.1, Januar 2002, in: [www.carnegie.ru](http://www.carnegie.ru); dies., *The Logic of Extinction*, *Moscow Times*, 28. Januar 2004, S. 10.

22 Pavel Felgenhauer, *Rolling Back Democracy*, in: *Moscow Times*, 5. Oktober 2004; Zbigniew Brzezinski, *The Fleeting Appeal of Moscow's Mussolini*, in: *Moscow Times*, 22. September 2004, S. 10. Dass, nachdem der unabhängige Duma-Abgeordnete Wladimir Ryschkow in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung Sympathien für den Vergleich erkennen ließ, bereits der Staatsanwalt mobilisiert wurde, unterstreicht den Kurs der politischen Formierung.

23 Bei den „Oligarchen“ handelt es sich um den in Russland gängigen Begriff zur Beschreibung und Charakterisierung jener neuen Superreichen, die sich Mitte der 1990er Jahre mit höchst fragwürdigen Methoden vor allem die russischen Rohstoffressourcen unter den Nagel gerissen haben und spätestens seit der Wiederwahl von Boris Jelzin zum Präsidenten der Föderation im Jahre 1996 über beträchtlichen politischen Einfluss verfügen.

sidenten das Gebaren der Föderationssubjekte überwachen und auf die Übereinstimmung der Gesetzgebung mit den föderalen Regelwerken drängen sollten.

Dass die Wahlen zur Staatsduma im Dezember 2003 und zum Präsidenten im März 2004 nach Auffassung der internationalen Wahlbeobachter demokratischen Standards nicht zu entsprechen vermochten, fügt sich ebenso ins Bild wie die angekündigte Wahlrechtsreform, die eine Abschaffung der Direktmandate und eine Anhebung der Sperrklausel auf 7 Prozent vorsieht. Auch folgten weitere Disziplinierungsmaßnahmen, die sich mit der Jukos-Affäre seit Sommer 2003 erneut gegen einen weiteren prominenten Oligarchen richten und mit der Verkündung vom 13. September 2004, im Namen eines „einheitlichen Systems der exekutiven Macht“ die Direktwahl der Gouverneure abschaffen zu wollen, der Autonomie der Regionen und damit dem Föderalismus den Garaus machen wollen. Dabei mag es paradox wirken, dass Putin mit der gleichen Entschlossenheit, mit der er die „Vertikale der Macht“ etablierte und den politischen Raum seiner Kontrolle unterwarf, die wirtschaftliche Betätigung, ganz neoliberaler Orthodoxie verpflichtet, zu entfesseln suchte. Das Privateigentum an Grund und Boden, eine drastische Steuersenkung mit einem linearen Einkommenssteuertarif von 13 Prozent, eine unabhängig agierende Zentralbank, die Monetarisierung sozialer Gratifikationen für Rentner und Veteranen, aber auch eine umfassende Justizreform, sind einige der Meilensteine, an denen sich Boris Jelzin und seine dem Washingtoner Konsens des IWF verpflichteten Reformkabinette nie versucht haben.

Isoliert betrachtet sind die genannten Maßnahmen mit den etablierten demokratischen Standards durchaus in Übereinklang zu bringen. Demokratien können sowohl zentralistisch als auch föderal organisiert sein. Unternehmen, die ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Staat nicht nachkommen, oder Unternehmern, die sich den Weg in das politische Entscheidungszentrum freikaufen, müssen rechtsstaatliche Grenzen gesetzt werden. Die Regionen auf die Einhaltung der föderalen Verfassung zu verpflichten und den Föderationsrat zu einer arbeitsfähigen Parlamentskammer mit regelmäßig präsenten Vertretern zu machen, entbehrt nicht einer gewissen demokratischen und rechtsstaatlichen Plausibilität. Und dass sich in der Periode der faktischen Unabhängigkeit nach dem Abkommen von Chasawjurt 1996 in Tschetschenien ein schwarzes Loch der Gesetzlosigkeit aufgetan hat, das zu allem Überfluss auch noch mit Gewalt nach Dagestan ausgeweitet werden sollte, konnte auf Dauer nicht toleriert werden.

Problematisch werden die genannten restriktiven Maßnahmen erst in ihrer sukzessiven Kombination. Diese weist in nur eine autoritäre Richtung, die in der Summe ihrer Wirkungen noch verstärkt wird. Selbstzensur in den Medien, vorauseilender Gehorsam in der Verwaltung und profillose Akklamation bei Jedinaja Rossija, der neuen sprichwörtlichen Einheitspartei, sind die spürbaren Folgen, die das politische Leben mehr und mehr lähmen – ohne dass sich bisher nennenswerter Protest regen würde. Ob sich darin tatsächlich, wie Michael McFaul schon vor den jüngsten Wahlen in Russland alarmistisch diagnostizierte, bei Putin und seiner Entourage eine „grand strategy for regime change“,

ein „systematic plan to roll back democracy“, ein „blueprint for dictatorship“ niederschlägt, mag dahinstehen.<sup>24</sup> So systematisch hat sich der Regimewandel dann doch nicht vollzogen, und auch wenn die Wirkungen spürbar sind, so ist das diktatorische Ergebnis noch keineswegs garantiert. Vielmehr fallen je nach Temperament und theoretisch-konzeptionellen Präferenzen die Einschätzungen nach wie vor höchst unterschiedlich aus. Das gilt bereits für die Bestandsaufnahme, wie sie mit jenen Indizes versucht wird, die sich um eine globale Kartographie von Freiheit und Demokratie bemühen. Doch wie das auch mit geographischen Projektionen so ist, können dabei Verzerrungen nicht ausbleiben. Mehr noch, wo genau sich Russland auf seinem Pfad von der Autokratie zur Demokratie und zurück befindet und welche Gestalt sein politisches System hat, bleibt weitgehend im dunkeln, denn der Antworten gibt es viele. Da diese Skalen in der öffentlichen Debatte als vermeintlich objektive Maßstäbe eine nicht unwesentliche Rolle spielen, seien sie im folgenden ausführlicher referiert.

Die jeweils aktuellsten und am breitesten rezipierten Berichte über die globale Entwicklung von Freiheit und Demokratie stammen von „Freedom House“, das alle Länder in einer Skala von „1“ bis „2,5“ als frei, von „3“ bis „5“ als „teilweise frei“ und von „5,5“ bis „7“ als „unfrei“ kategorisiert. Hier wird Russland jährlich zweimal bewertet: in den Reports „Freedom in the World“ und den „Nations in Transit“, die in ihrer Erfassung nicht vollständig identisch sind. Bei der Ermittlung der beiden Indices für „politische Rechte“ und „bürgerliche Freiheiten“ im Freiheitsbarometer hat Russland seit 1993 einen kontinuierlichen Niedergang erfahren: von „3“ für die Rechte und „4“ für die Freiheiten im Jahre 1993 bis zwei Mal „5“ in den drei Jahren der Präsidentschaft Wladimir Putins von 2001-2003. Das ergibt einen kombinierten Status in der Kategorie „teilweise frei“, allerdings mit dem negativen Trend, der Russland vom Grenzwert zu den „freien“ Ländern nunmehr unmittelbar vor die Kategorie der „unfreien“ Länder plazierte.<sup>25</sup>

Die genannten Gründe für das negative Rating sind vertraut und unterscheiden sich nicht von den Vorwürfen, die Putins Regentschaft in der (westlichen) Publizistik regelmäßig gemacht werden: der brutal geführte Krieg in Tschetschenien, der Druck offizieller Stellen auf die unabhängigen Medien sowie juristische Beschränkungen der Meinungsfreiheit, die politische Gleichschaltung der Regionen wie auch der beiden Parlamentskammern als Ausdruck einer zunehmenden Machtkonzentration sowie schließlich die fortgesetzten Versuche, Machtpositionen in der GUS zurückzugewinnen.<sup>26</sup>

Im Report „Nations in Transit 2004“ ist gar ein „Democracy Score“ ermittelt worden, der mit „5.25“ noch niedriger liegt.<sup>27</sup> Der Grund hier: In fünf der sechs gemessenen Kategorien (Wahlen, Zivilgesellschaft, Medien, Regierungsführung, Korruption, Rechts-

24 Michael McFaul, Vladimir Putin's Grand Strategy...for anti-democratic regime change in Russia, *The Weekly Standard*, 17. November 2003.

25 Vgl. *Freedom in the World*, 2003, in: [freedomhouse.org](http://freedomhouse.org).

26 Vgl. ähnlich auch die jährlichen Berichte von Human Rights Watch, so letztmals vom Januar 2004, in: [http://hrw.org/english/docs/2003/12/31/russia7273\\_txt.htm](http://hrw.org/english/docs/2003/12/31/russia7273_txt.htm) (Zugriff: 17. 6. 2004).

27 Vgl. *Nations in Transit 2004: Summary of Findings by Region*, in: [www.freedomhouse.org](http://www.freedomhouse.org).

system) habe sich Russland als einziges der erfassten Länder im Jahre 2003 verschlechtert. Damit zählt Russland in dieser Untersuchung zu den „semi-konsolidierten autoritären Regimen“, ab „6“ beginnen hier die „konsolidierten autoritären“, worunter lediglich Turkmenistan (6,88), Belarus (6,54), Usbekistan (6,46) und Kasachstan (6,25) fallen. Schlechter als Russland werden innerhalb der GUS allein noch Tadschikistan (5,71), Kirgistan (5,67) und Aserbaidschan (5,63) bewertet, deutlich besser hingegen die Ukraine und Moldowa (jeweils 4,88). Als Gründe für das schlechte Rating werden im einzelnen aufgeführt, dass die Zentralregierung eine kontinuierlich verschärfte Kontrolle über das politische Leben ausübe, dass sie in unbilliger Weise ihre Ressourcen eingesetzt habe, um den überwältigenden Wahlsieg der Kreml-Partei „Einheit Russlands“ bei den Duma-Wahlen 2003 zu garantieren und dass der Präsident fortgesetzt alle oppositionellen Regungen unterdrücke und den öffentlichen Diskussionsraum einschränke.<sup>28</sup>

Der zweite international verbreitete Demokratiemaßstab, die „Polity IV“ Länderdaten der Projektgruppe zu „Political Regime Characteristics and Transitions“ an der Universität Maryland, bewertet Russland dagegen weitaus positiver, schließt in seiner letzten verfügbaren Version jedoch bereits im Jahre 2002 ab.<sup>29</sup> Hier bewegt sich Russland mit einem Wert von „+7“ knapp unter der Grenze zur „Full Democracy“ (+8 und darüber), während sich Belarus mit „-7“ solide in der Kategorie der „Autokratien“ (0 und darunter) etabliert hat, ebenso wie Turkmenistan (-9), Usbekistan (-9), Aserbaidschan (-7), Kasachstan (-6), Kirgistan (-3) und Tadschikistan (-1). Die Ukraine (+7) und Moldowa (+8) rangieren hingegen auf dem russischen Niveau, ebenso wie auch die sehr differenziert bewerteten baltischen Staaten (Litauen: +10, Lettland: +8 und Estland: +7).<sup>30</sup>

Das deutlich positivere Votum stützt sich auf die Bewertung der Wahlen 1999 und 2000, die generell als frei und fair beurteilt wurden, sowie darauf, dass durch die wiederholten Wahlen seit Beginn der 1990er Jahre demokratische Normen und Werte heute in Russland feste Wurzeln geschlagen hätten. Und auch wenn Putin mit der 2000 verkündeten offiziellen Doktrin zur Informationssicherheit sowie seinen Maßnahmen gegen die beiden Oligarchen Wladimir Gusinskij und Boris Beresowskij die Pressefreiheit eingeschränkt habe, so gebe es doch keine Anzeichen, dass er in naher Zukunft die demokratischen Institutionen beseitigen wolle.

Eine ebenfalls *cum grano salis* wohlwollende Einstufung erfährt Russland in dem neuen, erstmals für das Jahr 2003 erstellten „Bertelsmann Transformation Index“, der sich nach eigener Darstellung von den anderen Indices durch den hohen Anteil selbst erhobe-

28 Tatsächlich hatten die OSZE und der Europarat in ihrem gemeinsamen „Statement of Preliminary Findings and Conclusions“ sowohl die Duma- als auch die Präsidentschaftswahlen zwar in ihrer technischen Durchführung als professionell charakterisiert, zugleich aber die Verletzung zahlreicher Standards beider Organisationen für demokratische Wahlen beklagt.

29 Vgl. Polity IV Country Report 2001: Russia, in: [www.cidcm.umd.edu/inscr/polity/Rus1.htm](http://www.cidcm.umd.edu/inscr/polity/Rus1.htm) (Zugriff: 9. Juni 2004).

30 Bei Freedom House rangieren diese mit Werten zwischen „1,92“ (Estland) und „2,17“ (Lettland) dagegen weit vor Russland unter den „konsolidierten Demokratien“, vgl. Nations in Transit 2004.

ner qualitativer Leistungsdaten und eine „ganzheitliche Herangehensweise“ unterscheidet. So werden zwei wesentliche Indices gebildet: ein „Status-Index“ der „marktwirtschaftlichen Demokratie“, in dem die Indices zur politischen und zur marktwirtschaftlichen Transformation zusammengeführt sind, sowie ein „Management-Index“, der darüber Aufschluss geben soll, wie konsequent, zielsicher und effizient der Weg zur neuen Ordnung beschritten wird. Bei insgesamt 116 erfassten Staaten bekleidet Russland beim „Status-Index“ den 41. und beim „Management-Index“ den 31. Rang – jeweils als bestes Land der GUS. Es qualifiziert sich damit als „defekte Demokratie“ – bei aufstrebender Tendenz. Dies wird damit begründet, dass die institutionelle Stabilität der bestehenden politischen Ordnung in den letzten Jahren deutlich verbessert werden konnte, was offenkundige Rückschritte, etwa bei der Medienfreiheit, kompensiere. Zugleich wird Russland ein „erfolgreiches Management mit Schwächen“ – die zweitbeste Kategorie – attestiert. Dies würdigt die „zielstrebige und konsequente“ Umsetzung der mit Putin eingeleiteten „konsistenten, langfristigen Entwicklungsstrategie“.<sup>31</sup>

Zwar lokalisieren alle Erhebungen Russland in der Grauzone zwischen Demokratie und Autokratie, dort jedoch könnten die Bewertungen unterschiedlicher kaum sein. Sie wecken daher erhebliche Zweifel an der Aussagefähigkeit der gängigen Skalierungen. Von empirischen Befunden kann folglich keine Rede sein, eher von Momentaufnahmen, die grundsätzlich das gängige publizistische Image Russlands reflektieren und durch die subjektive Sicht der Berichterstatter noch jenen *spin* erhalten, der die Varianz nach unten oder oben erklärt. Dies schlägt sich in ähnlicher Form auch bei den weniger aggregierten Einzelerhebungen nieder, die zur Pressefreiheit, der Korruption oder der wirtschaftlichen Entfaltung erstellt werden.

In einer separaten Erhebung zur globalen Pressefreiheit von „Freedom House“ rangiert Russland seit dem Jahre 2003 bereits unter den „unfreien“ Ländern, nachdem es mit einem allerdings nur marginal besseren Wert in den beiden vorhergehenden Jahren noch als „teilweise frei“ gegolten hatte. Konkret nimmt es Rang 147 von insgesamt 193 Ländern ein, knapp vor der Ukraine (150), Aserbaidshan (156), Kirgistan (156) und Tadschikistan (160), aber weit vor Belarus (182), Usbekistan (182) und Turkmenistan (190). Erfasst wurden hier die rechtlichen Bestimmungen, die politischen Bedingungen von der Zensur bis zur Einschüchterung von Journalisten sowie die ökonomischen Gegebenheiten in Gestalt der Eigentumsverhältnisse bei den Medien. So wurde 2003 die Abstufung Russlands zu den Ländern ohne Pressefreiheit damit begründet, dass im Januar 2002 die letzte unabhängige Fernsehgesellschaft (TV-6) geschlossen wurde, „der Staat“ einen „negativen

31 Der Index sowie die detaillierten Ausführungen zu Russland sind abrufbar unter [www.bertelsmann-transformation-index.de](http://www.bertelsmann-transformation-index.de). Er lehnt sich in mancherlei Hinsicht an den „Governance Research Indicator“ der Weltbank an, der mit sechs Indikatoren (Voice and Accountability, Political Stability, Government Effectiveness, Regulatory Quality, Rule of Law, Control of Corruption) Good Governance zu operationalisieren sucht. Russland bewegt sich hier jeweils leicht unterhalb der Werte des BTI, weist jedoch in deutlichem Unterschied zu Freedom House von Jelzin zu Putin keine durchgängige Verschlechterung auf, vgl. [http://info.worldbank.org/governance/kkz2002/country\\_report.asp?countryid=187](http://info.worldbank.org/governance/kkz2002/country_report.asp?countryid=187).

Einfluss“ auf die öffentlichen und die privaten Medien ausübe und Journalisten wiederholt „Angriffen“ ausgesetzt seien.<sup>32</sup>

Auch hier gibt es eine weitere Erhebung der „Reporters without Borders“, die seit 2002 ebenfalls ein internationales Ranking durchführen, ohne dass sich jedoch die Ergebnisse wesentlich von „Freedom House“ unterscheiden. So nimmt Russland von insgesamt 167 erfassten Ländern im Jahre 2004 den Rang 140 ein, was eine leichte Verbesserung gegenüber 2003 bedeutet (Rang 148). Allerdings rangiert Russland immer noch deutlich hinter Kasachstan (131) und knapp hinter der Ukraine (138) sowie nur wenig vor Usbekistan (142), Belarus (144) und Turkmenistan (164). Wie im Fall von „Freedom House“ erfolgt die Erhebung über die zum Teil systematisch abgefragten Urteile von Spezialisten, Aktivistinnen und journalistischen Interessenvertretern. Zwar wird eingeräumt, dass Russland über eine unabhängige Presse verfüge, auf Grund der Zensur, die im Zusammenhang mit Tschetschenien um sich greife und auf Grund der zahlreichen Anschläge auf Journalisten sei jedoch eine bessere Einstufung nicht möglich, denn: „Russland ist nach wie vor eines der tödlichsten Länder für Journalisten.“<sup>33</sup>

Etwas positiver stellen sich die Daten dar, die „Transparency International“ für die Korruption in Russland ermittelt hat – ein Phänomen, das in vielen Analysen ebenfalls als Indikator für Demokratiedefizite gilt. Zwar rangiert auch hier Russland an wenig prominenter Stelle und bildet bei dem 2003 erstmals ermittelten „Bribe Payers Index“ gar das Schlusslicht von 21 erfassten Ländern.<sup>34</sup> Bei dem seit Mitte der 1990er Jahren erstellten „Corruption Perceptions Index“ hat sich die russische Position unter Putin dagegen konsolidiert. So rangierte Russland im Index 2003 auf dem 86. Rang von 133 erfassten Ländern (Index-Wert: 2,7) und damit deutlich vor den meisten GUS-Ländern, allerdings weit abgeschlagen hinter dem autoritär regierten Belarus. Im Jahre 2002 bekleidete es den 71. Rang von damals 102 Ländern, 2001 den 79. von 91 und 2000 den 82. von 90, befand sich folglich weit näher am Ende der Tabelle. 2004 ist dagegen in allen Ländern der GUS erneut eine leichte Verschlechterung eingetreten. So rangiert Russland mit einem Index-Wert von 2,8 auf dem 90. Rang von nunmehr 145, während etwa Belarus auf den 74. Rang abgefallen ist.<sup>35</sup> Immerhin mag die Konsolidierung der russischen Position signalisieren, dass sich zumindest das politische Ziel einer Stärkung des russischen Staates ausgezahlt

32 Freedom House, Freedom of the Press 2003. Country Reports. Russia, S. 129.

33 Reporters Without Borders, Third Annual World Press Freedom Index, 26. Oktober 2004, 2, in: [www.rsf.org](http://www.rsf.org). Dies wird durch die jährlichen Erhebungen des International Press Institute in Wien bestätigt. Danach kamen bis Oktober 2004 bereits drei Journalisten in Russland um, und in den Jahren zuvor waren dies 3 (2003), 8 (2002), 1 (2001), 6 (2000), 9 (1999) und 4 (1998). Dabei spielten kriegerische Auseinandersetzungen, wie etwa in Tschetschenien, keine wesentlichen Rolle, anders als bei den übrigen Spitzenreitern Irak, Sierra Leone, Jugoslawien oder Kolumbien, vgl: [www.freemedia.at](http://www.freemedia.at).

34 Zur Veranschaulichung: Eine Studie des russischen Instituts INDEM hat in diesem Zusammenhang 1998 ermittelt, dass russische Kleinunternehmer jährlich etwa 6 Milliarden US-Dollar Schmiergeld an offizielle Stellen zahlen, was erklären mag, warum die auch von Putin beständig wiederholten Forderungen nach einem Abbau der immer noch aufwändigen staatlichen Genehmigungs- und Überwachungspraxis bislang kaum Ergebnisse zeitigen konnte, vgl. [www.indem.ru](http://www.indem.ru).

35 Vgl. Global Corruption Report in: [www.Transparency.org](http://www.Transparency.org)

hat, auch wenn es hier in Publizistik und Wissenschaft deutlich andere Urteile gibt. Und es wirft natürlich die Frage auf, ob es bei der erfolgreichen Bekämpfung der Korruption im Unterschied zum oben angesprochenen *conventional wisdom* nicht doch eines autoritären Staates bedarf.

Ein durchaus unerwartetes Bild vermitteln die Indices zur ökonomischen Freiheit, denn auch hier rangiert Russland in Regionen, die es als überwiegend unfrei charakterisieren. So bekleidet Russland 2004 mit einem Wert, der sich seit 1995 nur marginal verändert hat, im „Index of Economic Freedom“ der Heritage Foundation und des Wall Street Journal, gerade einmal den 114. Rang von 150 Ländern. Armenien erreicht dagegen einen erstaunlichen 44. Platz, während Turkmenistan wenig überraschend das Schlusslicht bildet.<sup>36</sup> Ähnliches gilt für den „Economic Freedom of the World Index“, der unter anderem vom kanadischen Fraser Institut herausgegeben wird.<sup>37</sup> Hier findet sich Russland ähnlich wie in den vorhergehenden Jahren auf dem 114. Rang bei insgesamt 123 Ländern, die aus dem Raum der GUS nur noch die Ukraine (Rang 107) einschließen. Allerdings stammen die Daten dieser Erhebung aus dem Jahr 2002 und können daher die weit reichenden, ganz liberaler Orthodoxie verpflichteten Wirtschaftsreformen Putins nur zum Teil würdigen. Das negative Urteil ist um so überraschender, als sich offizielle und weniger offizielle Vertreter des Landes darin gefallen, in dezidiertem Gegensatz zu „proto-sozialistischen“ Organisationen wie der Europäischen Union Russland als letzte Bastion des *laissez faire* auf dem Kontinent zu stilisieren. Beide Indices stellen allerdings ein *mixtum compositum* aus wirtschaftsliberalen Prämissen (wie Zurückhaltung des Staates in der mikroökonomischen Steuerung oder bei seinen Ansprüchen auf das Sozialprodukt), makroökonomischen Imperativen (wie Senkung der Inflationsraten) und strukturellen Gegebenheiten (wie der Funktionsfähigkeit des Bankensystems) dar, was die Indices in ihrer wirtschaftspolitischen Aussagefähigkeit arg strapaziert. Doch mit diesem Dilemma stehen sie, wie gezeigt, keineswegs allein.

## 2. Vom Jelzinismus zum Putinismus und dann?

Dass die Entscheidungsprozesse hinter den Kreml-Mauern und am Alten Platz in Moskau wieder die Aura der Geheimhaltung umgibt, ist eine Klage, die nicht nur Heinrich Vogel anstimmt.<sup>38</sup> Doch geht es nicht um eine Neuauflage der Kreml-Astrologie sowjetischen Andenkens. Im Unterschied zu damals wird auch heute noch in der russischen Öffentlichkeit und den Medien heftig debattiert und spekuliert – zumindest in den gedruckten. Probleme, wie sie in den Demokratieskalen sichtbar geworden sind, bereitet vor allem, den Augenschein – so lückenhaft er auch sein mag – theoretisch auf den Begriff zu brin-

36 Vgl. <http://cf.heritage.org/index2004test/country2.cfm?id=Russia> (Zugriff: 9. Juni 2004).

37 James Gwartney and Robert Lawson with Neil Emerick, *Economic Freedom of the World: 2004 Annual Report*, Vancouver: The Fraser Institute, 2004, [www.freetheworld.com](http://www.freetheworld.com).

38 Vgl. Heinrich Vogel, *Umweg oder Rückfall?*, in: *Osteuropa*, Jg. 54, Nr. 8, 2004, S. 43f.

gen. Denn die Frage, wer, warum, auf welche Weise, mit welchen Zielen und mit welchen Erfolgsaussichten den zunehmend autoritären Kurs im Lande bestimmt, beantwortet sich nicht allein damit, die aktuell bestimmenden Figuren im politischen und ökonomischen Mächtenspiel vor und hinter den Kulissen zu bestimmen. Putin etwa ist zwar jener Akteur, in dessen Händen sich immer mehr Macht konzentriert; vor allem aber ist er ein Symbol für einen politischen Kurs, der von anderen konzipiert und exekutiert wird – ein Kurs, der im Unterschied zur Ukraine immer noch auf ein hohes Maß an Zustimmung in der Bevölkerung trifft und kaum Widerstand mobilisiert, auch dann nicht, wenn einzelne Gruppen unmittelbar betroffen sind, seien es die Oligarchen, die Gouverneure, die Kommunisten oder die Rentner.

Jenseits der allgemein geteilten Diagnose, dass auch Putins Russland in der auslaufenden „dritten Welle“ der Demokratisierung im „semi-autoritären“ Zwielficht gelandet ist, gibt es beträchtliche Differenzen in der Frage der Ursachen für die allenthalben registrierten autoritären Tendenzen, in der Frage der demokratischen Entwicklungsperspektiven und nicht zuletzt der daraus folgenden Konsequenzen für die westliche Politik. Dabei ist zum einen nicht immer klar, ob in dieser Sequenz oder umgekehrt von der Konsequenz her geurteilt wird, ob nicht vielmehr westliche Interessen sich ein Russland konfigurieren, das diesen am ehesten entspricht – sei es als strategischer Partner in der Koalition gegen den internationalen Terrorismus oder sei es als strategischer Gegner im Ringen um Einflusszonen im euroasiatischen Raum. Zum anderen ist zu berücksichtigen, dass die Differenzen wenig mit der Unübersichtlichkeit im post-sozialistischen Russland zu tun haben, wenig auch damit, dass Putin links zu blinken und rechts abzubiegen pflegt, sich deklaratorisch immer wieder zur Demokratie bekennt, während seine Administration alles unternimmt, diese nicht länger zur Entfaltung kommen zu lassen. Der entscheidende Grund für die widersprüchlichen Urteile sind vielmehr die divergierenden wissenschaftlichen Konzepte, die diesen zugrunde liegen und der Empirie erst interpretatorisch Sinn verleihen. Das Dilemma ist: Die wenigsten der gängigen Bewertungen machen dies explizit.

Bei allen Schattierungen im Detail lassen sich auch heute zugespitzt jene beiden Schulen unterscheiden, die als Russophobe und Russophile schon immer anschaulich gemacht haben, wie sehr sich an diesem Land die europäischen Geister scheiden.<sup>39</sup> Damit korrespondieren unterschiedliche wissenschaftliche Konzepte, auch wenn man den Eindruck haben kann, dass diesen häufig, nicht anders als in den vorhergehenden Jahrhunderten, ganz und gar unwissenschaftliche Präferenzen vorgelagert sind. Hier sind im wesentlichen vier zu unterscheiden: zwei, die mit kulturalistischen Argumentationen sowie unter Verweis auf die Spezifika des russischen Transitionsmodus im Sinne grundlegender Prägungen *nolens volens* zu skeptischen oder gar alarmistischen Urteilen gelangen, sowie zwei weitere, die in der Tradition der Modernisierungstheorie und der politischen Ökonomie argumentieren und deutlich gelassener urteilen.

39 Vgl. Zur europäisch-russischen Geschichte eindrucksvoll Dieter Groh, *Russland und das Selbstverständnis Europas. Ein Beitrag zur europäischen Geistesgeschichte*, Neuwied (Luchterhand), 1961.

In der ersten Gruppe ist Maßstab für die Gegenwart die Vergangenheit, die jüngere bei Betonung des Transitionsmodus, die entferntere, wenn mit den kulturellen Eigenarten argumentiert wird. Richard Pipes hat letzteres jüngst so auf den Begriff gebracht:

„Before examining what Russians say and think today, it is necessary to look back at Russia's past. Despite its reputation for unpredictability, Russia is a remarkably conservative nation whose mentality and behavior change slowly, if at all, over time, regardless of the regime in power.“<sup>40</sup>

Es ist denn auch diese Eigenart, die Russland gleichsam naturgesetzlich auf einem autoritären Sonderweg verortet, der sich nach einem kurzen demokratischen Intermezzo in der Jelzin-„Zeit der Wirren“ mit Putin wieder sein historisch verbrieftes Recht verschafft habe. Die Gründe sind bekannt und vielfach bemüht: die autoritären Prägungen, die bis auf Russlands Isolation von Europa durch die Mongolen zurückgeführt werden, dem Land die Segnungen der Renaissance und des Humanismus vorenthielten und in immer neuen Wendungen drakonisch durchgesetzte Modernisierungsbemühungen von oben provozierten; die russische Dorfgemeinschaft als Quelle der kollektivistischen Neigungen und der Manichäismus, der in der Kombination beider Stränge das Volk und seine Führung durch einen tiefen Graben trennt. Dazu Richard Pipes:

„Such is Russia's cultural inheritance, the net effect of which is to make Russians, even in modern times, the least socialized or politicized people on the European continent. Twice in one century – 1917 and 1991 – their governments collapsed almost overnight, with people seemingly indifferent to their fate. In both cases, governments forfeited their right to exist in the eyes of Russians because they had ceased to be „awesome“.“<sup>41</sup>

Dem hilft Putins autoritärer Kurs durchaus ab, wenngleich ganz ohne die historisch verbrieft Knute, sondern auf einer Welle der Zustimmung – was Pipes als weiteren Beleg für die antidemokratische Disposition des russischen Volkes deutet. Dies hat nun wenig mit dessen Lust auf einen „furchteinflößenden“ Staat zu tun, viel dagegen mit dem Bedürfnis nach einem funktionierenden, was in Anbetracht der Turbulenzen des Systemwandels in den 1990er Jahren sowie der kollektiven Erinnerung an die Apokalypsen des 20. Jahrhunderts kaum überraschen kann. Es ist denn auch die Blindheit gegenüber historischen Brüchen und gegenüber dem sozialen und kulturellen Wandel, die bei solchen Traktaten vor allem eines nähren: Ideologieverdacht. Das gilt um so mehr, als im Unterschied zu Pipes' Wahrnehmung ausnahmslos alle Meinungsumfragen belegen, dass die Russen in ihrer Mehrheit durchaus Anhänger demokratischer Rechte und Freiheiten sind, ungeachtet der Tatsache, dass deren Einführung mit sehr schmerzlichen sozialen Erfahrungen einher gegangen ist.<sup>42</sup>

Im strikteren Sinne auf die Pfadabhängigkeit stellen jene Transitionsforscher ab, für die nicht so sehr die strukturellen Voraussetzungen und damit auch die kulturellen Prä-

40 Richard Pipes, *Flight From Freedom. What Russians Think and Want*, in: *Foreign Affairs*, Jg. 83, Nr. 3, 2004, S. 9.

41 *Ibid.*, S. 10.

42 Vgl. hierzu etwa Timothy J. Colton, Michael McFaul, *Are Russians Undemocratic?*, Washington, D.C. (Carnegie Endowment for International Peace), 2001.

gungen von Bedeutung sind als vielmehr die Entscheidungen, mit denen die Akteure in der politischen Elite den Übergang bestimmt haben. Im Unterschied zu den Kulturalisten – aber auch zu den Modernisierungstheoretikern – ist ihr Ausgangspunkt die empirische Erfahrung der dritten Welle, dass Demokratisierung offenbar ungeachtet höchst unterschiedlicher struktureller und kultureller Voraussetzungen möglich ist. Da jedoch bislang nur ein Teil dieser Demokratisierungsprozesse zum angestrebten Ziel geführt hat, sind Erklärungen gefordert, die hier auf Fehlentwicklungen im Übergang selbst abstellen. Dies lenkt den Blick auf die autoritären Defizite, die den russischen Demokratisierungsprozess von Anbeginn geprägt – und belastet – haben. Hier ist die Beschießung des Weißen Hauses im Jahre 1993 das Fanal für einen kompromisslosen Herrschaftsstil des damaligen Präsidenten Jelzin, der jeden Gedanken an eine der demokratischen Kultur dienenden „pacted transition“ grundsätzlich verwarf und schließlich in der Institution des Superpräsidentialismus kulminierte. Damit waren Bedingungen entstanden, die eine demokratische Konsolidierung nicht ohne weiteres erwarten lassen konnten.

Darauf hatte Michael McFaul, der hier paradigmatisch genannt sei, bereits in seiner großen Studie über die „unvollendete russische Revolution“ der Jelzin-Ära, hingewiesen, in der er die verhängnisvollen Wirkungen des Transitionsmodus begründete und den Schluss zog, dass Russland lange Zeit auf dem Stand einer „partial democracy“ verharren könnte.<sup>43</sup> Seinerzeit rechnete er durchaus mit Jahrzehnten, ohne jedoch ungeachtet aller Defekte die demokratische Qualität des Regimes in Frage zu stellen. Doch hat sich der Wandel – was in seiner Studie aus dem Jahre 2001 nur angedeutet war – mit dem Amtsantritt Putins ein weiteres Mal beschleunigt, wenn auch in die falsche Richtung. Denn statt die „Qualität der russischen Demokratie“ zu stärken, „Putin has devoted considerable time and energy to weakening what were already fragile democratic institutions.“<sup>44</sup> Das Dilemma dieser Argumentation: Da „Putin, and Putin alone“ alles bestimme und diese Konzentration der Macht in einer Hand mehr noch als bei Jelzin das eigentliche negative Fanal für die Demokratie in Russland darstelle, ignoriert der Ansatz die strukturellen Voraussetzungen seiner Politik und wird zum Opfer der Idiosynkrasien nur einer Person.<sup>45</sup> Unbestimmtheit, die entgegen den pfadabhängigen Ansprüchen den Ereignissen lediglich kommentierend hinterher läuft, ist die zwangsläufige Folge:

„As will become clear, the trajectory of democracy in Russia is in a negative direction, yet this regime has not consolidated into a full-blown dictatorship.“ Allerdings: „Whether Putin wants to move toward creating such a regime still remains in question. Whether he could is also not certain.“<sup>46</sup>

43 Michael McFaul, *Russia's Unfinished Revolution. Political Change from Gorbachev to Putin*, Ithaca (Cornell University Press), 2001, S. 335.

44 Michael McFaul, Nikolai Petrov, Andrei Ryabov, *Between Dictatorship and Democracy. Russian Post-Communist Political Reform*, Washington D.C. (Carnegie Endowment for International Peace), 2004, S. 292.

45 *Ibid.*, S. 298.

46 *Ibid.*, S. 22. Da fügt sich in das widersprüchliche Bild, dass im September 2003, vor den Wahlen und vor der Verhaftung Chodorkowskij, McFaul eine Diktatur nach weißrussischem oder saudi-arabischem

Offenbar reichen die Intentionen Putins, wie immer sie beurteilt werden, zur Analyse nicht aus und müssen auch die strukturellen Voraussetzungen seiner Politik einbezogen werden. So lässt sich ohne diese kaum begründen, warum Jelzins Superpräsidialismus einen schwachen Staat produzierte, während er bei Putin zum Inbegriff der Staatsapothekose wurde und sich tatsächlich als organisierendes Zentrum etablieren konnte. Das war keineswegs vorgesehen, sollte doch die quasi-monarchische Nachfolgeregelung vor allem Kontinuität garantieren und dem Jelzin-Clan und seinen oligarchischen Financiers eine ungestörte Zukunft sichern.

Deterministisch in der einen und mit Verweis auf falsche voluntaristische Weichenstellungen in der anderen Variante, sehen beide Russland mit einem hohen Maß an Zwangsläufigkeit in die falsche autoritäre Richtung abdriften. Diese Diagnose wird von den mehr oder weniger expliziten Anhängern der klassischen Modernisierungstheorie nicht geteilt. Sie stützen ihre Bewertung des Putinismus insoweit auf dessen strukturelle Voraussetzungen, als sie die demokratischen Defizite nicht als Ergebnis kultureller Prägungen oder falscher Weichenstellungen betrachten, sondern als Ausfluss der spezifischen sozioökonomischen Bedingungen, die Russland von der Sowjetunion geerbt hat und zugleich mit einer großen Zahl vergleichbar entwickelter Länder teilt. Dies geschieht insoweit affirmativ, als die strukturellen Schwächen der russischen (Rohstoff-)Wirtschaft, die amorphe Gesellschaft und der atrophische Staat eine durchgreifende Demokratisierung blockieren und erst in einem längeren Transformations- und Modernisierungsprozess überwunden werden müssen, um der Demokratie eine Chance geben zu können.

Ein prominentes Beispiel aus der jüngeren Zeit ist hier der Beitrag, den Andrei Shleifer und Daniel Treisman im Frühjahr 2004 unter dem bezeichnenden Titel „Ein normales Land“ in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ veröffentlicht haben. Gemessen an den Ausgangsbedingungen stellt Russland in ihren Augen kein „disastrous failure“, sondern eine Erfolgsgeschichte dar, wirtschaftlich, aber auch politisch:

„It began in the 1990s as a highly distorted and disintegrating centrally planned economy, with severe shortages of consumer goods and a massive military establishment. It ended the decade as a normal, middle-income capitalist economy.“

Zumindest implizit modernisierungstheoretisch argumentierend, sind für sie der „crony-capitalism“ der Jelzin-Ära ebenso normal wie die Manipulation von Wahlen oder die Einschränkungen der Medienfreiheit, die allenthalben zum Markenzeichen der Putin-Ära avanciert sind:

„Russia’s economic and political systems remain far from perfect. But their defects are typical of countries at a similar level of economic development. [...] Almost all democracies in this income range are rough around the edges: their governments suffer from corruption,

Muster noch kategorisch verneint und lediglich festgestellt hatte, dass sich Russland in eine „falsche autokratische“ Richtung bewege. Statement of Michael McFaul, Hearing des Unterausschusses für Europa des Ausschusses für Internationale Beziehungen, US-Repräsentantenhaus, 30. September 2003, Serial No. 108-54, S. 13-15, 17, 40-42. An anderer Stelle und nur zwei Monate später war sich McFaul dagegen ganz sicher, dass Putin sowohl über die Bereitschaft als auch die Fähigkeit zur Schaffung eines diktatorischen Regimes verfüge, vgl. S. 8f.

their judiciaries are politicized, and their press is almost never entirely free. They have high income inequality, concentrated corporate ownership, and turbulent macroeconomic performance. In all these regards, Russia is quite normal.“

Es gibt für sie denn auch keinen Anlass, an den marktwirtschaftlichen und demokratischen Entwicklungsperspektiven Russlands zu zweifeln:

„Nor are the common flaws of middle-income capitalist democracies incompatible with further economic and political progress – if they were, western Europe and the United States would never have left the nineteenth century.“<sup>47</sup>

Dieser Optimismus beschränkt sich keineswegs auf die ökonomische Profession, die mit Putins Regentschaft ohnehin ein Russland der nahezu unbeschränkten Möglichkeiten zu erkennen geneigt ist, oder die wie im Falle von Shleifer aus ihrer früheren, höchst kontroversen Beratertätigkeit für die russische Regierung späte Genugtuung ziehen will.<sup>48</sup> Auch ein ehemaliger Russland-Experte der CIA wie Tom Bjorkman pflichtet diesem Optimismus bei. Er nimmt gar in einer riskanten Volte die *scientific community* in Anspruch, um die demokratischen Perspektiven Russlands zu beschwören: „Few if any would disagree that over the longer term Russia’s political future will follow a trajectory toward stronger democracy.“<sup>49</sup> Er geht ebenfalls in modernisierungstheoretischer Tradition davon aus, dass die aktuellen autoritären Tendenzen nicht von Dauer sein können, weil die Bürokratie überfordert und korrupt sei, die politisch bestimmenden Anhänger der freien Marktwirtschaft in aller Regel auch politisch liberal seien, während die Vertreter der „managed democracy“ lediglich ein relativ kleines Elitensegment repräsentierten.<sup>50</sup>

Zweifellos erfreuen sich die modernisierungstheoretischen Prämissen unter den westlichen Regierungen gegenwärtig der größten Popularität. Ihnen gebührt der Charme, in einer strategischen Kooperation mit Russland nicht nur ungestört die eigenen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen verfolgen zu können, sondern damit auch zur Modernisierung und Demokratisierung Russlands beizutragen – zumindest auf lange Sicht und ungeachtet der aktuell zu beobachtenden Irrungen und Wirrungen. Das Dilemma: Zwangsläufig ist auch hier gar nichts. Autoritäre Entwicklungsstaaten, die im Sinne von Jagdish Bhagwati in den 1960er und 1970er Jahren durch wirtschaftliche und soziale Modernisierung „fit for democracy“ werden wollten, haben ihr Ziel zwar in einigen, vornehmlich ostasiatischen Fällen erreicht, in den meisten und zumal den afrikani-

47 Andrei Shleifer, Daniel Treisman, A Normal Country, in: Foreign Affairs, Jg. 83, Nr. 2, 2004, S. 20-22. An anderer Stelle hatte Treisman Russland *expressis verbis* „on the right track“ verortet und dies auch mit der Beobachtung begründet, dass die Worte „Reform“ und „Demokratie“, „discredited for years by the economic turmoil and corruption of the 1990s, are coming back into fashion“. Daniel Treisman, Russia Renewed?, in: Foreign Affairs, Jg. 81, Nr. 6, 2002, S. 72.

48 Vgl. hierzu Janine R. Wedel, Collision and Collusion. The Strange Case of Western Aid to Eastern Europe 1989-1998, Houndsmills (MacMillan), 1998.

49 Tom Bjorkman, Russia’s Road to Deeper Democracy, Washington D.C. (Brookings), 2003, S. 6.

50 Ibid., S. 60f. Allerdings ist seine Wertung nicht frei von Widersprüchen, denn die Kombination aus marktliberaler Wirtschaftspolitik und westorientierter Außenpolitik mit einer autoritären Innenpolitik sei „inherently instable“ und werde früher oder später eine klare Entscheidung erfordern: „more assertively authoritarian“ oder „more resolutely democratic“ (S. 59).

schen und lateinamerikanischen jedoch kläglich versagt. Auch darf nicht übersehen werden, dass eine ganz auf die Förderung von Öl und Gas zugeschnittene Wirtschaft wie in Russland für den modernisierungstheoretischen Mechanismus denkbar schlechte Voraussetzungen bietet, denn sie fördert eine Zentralisierung der Entscheidungskompetenzen und schafft Renteneinkommen, die gemeinsam einen idealen Boden für Korruption und Patronage darstellen. Es ist daher keineswegs ausgeschlossen, dass Russland nicht einen europäischen, sondern den Weg Saudi-Arabiens einschlägt.<sup>51</sup>

Diese Risiken werden in einer kritischen Variante politökonomisch inspirierter Analysen der politischen Evolution in Russland aufgegriffen. Weit entfernt, Jelzins Lavieren zwischen Demokratie und Autokratie *ex post* zu idealisieren, stellen deren Vertreter vor allem auf die Oligarchisierung des Kapitalismus und die Usurpation des Staates durch diese Oligarchen und damit ebenfalls auf falsche Weichenstellungen ab, die den Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft erschweren oder gar unmöglich machen. Der Unterschied zu Transitionsforschern wie Michael McFaul besteht darin, dass dieser in Putins autoritärem Kurs im Sinne der Pfadabhängigkeit eine Bestätigung der politischen Fehlentwicklungen aus der Jelzin-Ära wahrnimmt, während unter solchen politökonomischen Gesichtspunkten Putin in seinen Auseinandersetzungen mit den Oligarchen als Korrektur erscheinen muss.

Danach wurde unter Jelzin Liberalisierung im Einklang mit den damals dominanten westlichen Beratern vor allem ökonomisch verstanden und damit politisch verfehlt.<sup>52</sup> Dies mündete nicht nur in eine hemmungslose Bereicherung, sondern in nicht minder erfolgreiche Versuche der neuen Oligarchen, sich neben dem Volkseigentum auch noch den Staat anzueignen. In der Folge entstand, wie es Peter Reddaway und Dmitri Glinski nannten, ein „liberaler Markt-Autoritarismus“ mit einer „oligarchisch-kriminellen Ordnung“ oder mit den noch drastischeren Worten Stephen Cohens ein „Frankenstein’s monster“ System.<sup>53</sup> Positiv ist daher an Putin zu vermerken, dass er dieses Erbe der Jelzin-Ära sukzessive überwunden und mit der Rekonstruktion des Staates durch Abschirmung gegenüber den Repräsentanten des oligarchischen Kapitalismus überhaupt erst die Voraussetzungen für eine demokratische Entwicklung geschaffen habe.<sup>54</sup> Das Problem ist nur, dass

51 Vgl. hierzu etwa Leonard Wantchekon, Why do Resource Dependent Countries Have Authoritarian Governments?, 12. Dezember 1999 ([www.yale.edu/leitner/pdf/1999-11.pdf](http://www.yale.edu/leitner/pdf/1999-11.pdf)), wo er u.a. zu dem Ergebnis gelangt, „that a one percent increase in resource dependence as measured by the ratio of primary exports to GDP leads to nearly 8 percent increase in the probability of authoritarianism“ (S. 2). Vgl. auch Ricky Lam, Leonard Wantchekon, Political Dutch Disease, 10. April 2003, in: [www.hec.ca/neudc2004/fp/wantchekon\\_leonard\\_avril\\_16.pdf](http://www.hec.ca/neudc2004/fp/wantchekon_leonard_avril_16.pdf).

52 So z. B. Gerhard Mangott, Zur Demokratisierung Russlands. Band 1: Russland als defekte Demokratie, Baden-Baden (Nomos), 2002, S. 92.

53 Peter Reddaway, Dmitri Glinski, The Tragedy of Russia’s Reforms. Market Bolshevism Against Democracy, Washington DC (United States Institute of Peace), 2001, S. 13, 15; Stephen F. Cohen, Failed Crusade. America and the Tragedy of Post-Communist Russia, New York, London (W. W. Norton), 2000, S. 193.

zunehmend das Pendel von der privaten Aneignung des Staates zu seiner Apotheose in das andere Extrem ausschlägt – mit Folgen für die Demokratie, die nicht weniger verhängnisvoll sind. Generell gilt der russische Autoritarismus folglich in der zweiten Gruppe nicht als schicksalhafte Bestimmung des Landes, sondern als Zwischenetappe, die im sozioökonomischen Wandel allerdings unterschiedliche Entwicklungspfade ermöglicht.

Nicht nur, dass die Qualität der politischen Ordnung in Russland und deren Entwicklungsperspektive kontrovers beurteilt werden, es hat auch den Anschein, dass die Urteile selbst mit Leichtigkeit vom Wind der Ereignisse verweht werden. Dabei ergeht es der politikwissenschaftlichen Profession wie den Ökonomen, die mit ihren Vorhersagen, dass sich nach der Ölpreissteigerung und der Rubelabwertung Ende der 1990er Jahre die Wachstumspotenziale der russischen Wirtschaft und damit Putins sichtbarste Errungenschaft alsbald erschöpfen würden, nahezu jährlich auf dem falschen Fuß erwischt wurden. Offenbar entzieht sich Russland mit besonderer Hartnäckigkeit Prognosen – selbst heute noch, wo sich das politische Leben weit stärker dem bürokratischen Gleichmaß fügt als zu Zeiten Boris Jelzins. Das war zu Beginn der 1990er Jahre noch nachvollziehbar, als unter der Wucht der unvorhergesehenen Veränderungen und in Verlängerung der sowjetischen Zerfallsprozesse mit besonderer Hingabe an Katastrophenszenarien gestrickt wurde, von denen keines auch nur entfernt eingetreten ist.

All dies bekräftigt die kritischen Bemerkungen, mit denen der Herausgeber des „National Interest“, Nikolas Gvosdev, im Frühjahr 2004 die Schwächen der wissenschaftlichen wie publizistischen Auseinandersetzung mit Russland bedacht hat:

„Too often, outside observers have first created their image of Russia, and then located the appropriate facts and personalities to support their construction. To get Russia right, we must seek to understand it as it understands itself, not as we might wish it to be.“<sup>55</sup>

Anzufügen bliebe nur, dass sich darin die äußeren von den inneren Beobachtern nicht unterscheiden. Die Selbstwahrnehmung zum Ausgangspunkt der Analyse zu machen, verspricht daher kaum mehr Erfolg denn zu jenen Zeiten, als Peter Christian Ludz ein solches Vorgehen der Sozialismusforschung nahelegte – und dies keineswegs nur, weil Putin sich, wie gezeigt, ganz anders artikuliert, als seine Administration handelt. Das Risiko der von Gvosdev zu Recht angesprochenen Fehlsteuerung lässt sich folglich nur dadurch begrenzen, dass Russland an Hand transparenter wissenschaftlicher Kriterien – und nicht gemäß politischen Präferenzen oder gar ideologisch angehauchter Werte – beurteilt wird. Das schließt im Sinne der Intersubjektivität eine systematische Verortung Russlands innerhalb der „dritten Demokratisierungswelle“ ein, was zumindest erschwert, die einschlägigen Phänomene allein zur Illustration und nicht in ihrer heuristischen Funktion

54 Dies sehen ähnlich auch Bjorkman, a.a.O., (Anm. 49), S. 70f, sowie Dimitri Simes: „If you allow the tycoons to have unlimited power, Russian democracy is also finished.“ Statement of Dimitri Simes, Hearing des Unterausschusses für Europa des Ausschusses für Internationale Beziehungen, US-Repräsentantenhaus, 30. September 2003, Serial No. 108-54, S. 38.

55 Nikolas K. Gvosdev, The Sources of Russian Conduct, in: The National Interest, Nr. 75, Spring 2004, S. 29.

für die anleitenden Konzepte heranzuziehen. Dem soll im folgenden systematischer nachgegangen werden, wobei es sich anbietet, die wissenschaftlichen Bemühungen um eine Ausleuchtung der weder demokratischen noch autoritären Grauzone als Ausgangspunkt zu wählen. Denn nach ganz überwiegender Meinung hat auch Russland sich hier eingefunden, muss folglich mit seinen Nachbarn nicht nur das gleiche Schicksal, sondern auch gleiche Merkmale teilen.

### 3. Die Kartierung der russischen Grauzone

So überraschend die „dritte Welle der Demokratisierung“ im Ausgang des 20. Jahrhunderts hereinbrach, so wenig hat sie letztlich bewegt. Von den annähernd 100 Ländern, in denen sich eine Abkehr von den autoritären Verhältnissen vollzogen hatte, können heute kaum 20 als leidlich erfolgreich demokratisiert gelten.<sup>56</sup> Einige, wie Belarus und Turkmenistan, sind in neuem ideologischen Gewand zu den alten Herrschaftspraktiken zurück gekehrt, während sich die Mehrzahl mit Russland in einer breiten Grauzone zwischen Demokratie und Autokratie eingefunden hat, ohne dass zweifelsfrei zu erkennen wäre, in welche Richtung sie sich bewegen. Marina Ottaway hat dafür den Begriff „semi-authoritarianism“ eingeführt:

„Semi-authoritarian regimes are not failed democracies or democracies in transition; rather, they are carefully constructed and maintained alternative systems. If semi-authoritarian governments had their way, the system would never change.“<sup>57</sup>

Diese Grauzone umfasst höchst unterschiedliche Regime, denen lediglich gemein ist, dass sie sich demokratischer Verfahren bedienen und gewisse Freiheitsräume gestatten. Diese jedoch unterwerfen sie ihrer manipulativen Kontrolle, was ihnen um so leichter fällt, als sie häufig über eine breite Basis in der Bevölkerung verfügen. Es handelt sich folglich um Regime, die „by design, not by default“ semi-autoritär sind. Nun darf man allerdings unterstellen, dass politischen Führungen als insoweit rationale Akteure ihren Autoritarismus immer „by design“ praktizieren. Im für sie günstigsten Fall können sie sich dazu allenfalls durch die Umstände – folglich „by default“ und dies nicht allein deklaratorisch – gezwungen sehen. Um die Spezifika der „gray-zone politics“ einzufangen, schlägt Thomas Carothers daher vor, von „Entwicklungsmustern“ statt von klar abgegrenzten „Typen politischer Systeme“ zu sprechen.<sup>58</sup> In diesem Sinne seien idealtypisch zwei „broad political syndromes“ zu unterscheiden: „schwacher Pluralismus“ als Charakteristikum der einen Gruppierung und die „Dominanz eines Machtzentrums“ als Eigenart der zweiten. In der ersten treten Lateinamerika sowie Moldawien oder die Ukraine hervor, wo zwar regelmäßig demokratisch inszenierte Machtwechsel stattfinden, die jedoch am korrupten Charak-

56 Vgl. Carothers, a.a.O. (Anm. 18), S. 9.

57 Marina Ottaway, *Democracy Challenged. The Rise of Semi-Authoritarianism*, Washington D.C. (Carnegie Endowment for International Peace), 2003, S. 7.

58 Carothers, a.a.O. (Anm. 18), S. 9.

ter der Regime wenig bis nichts ändern. In der zweiten Gruppe sind es das subsaharische Afrika sowie Armenien, Aserbaidzhan oder auch Kasachstan. Russland tendiere, so die Bewertung Anfang 2002, ähnlich wie Südafrika in die Richtung eines dominanten Machtzentrums, da ungeachtet der Abhaltung von Wahlen kaum vorstellbar sei, dass die politische Opposition in absehbarer Zeit die Macht erobern könne.

Legt man zur Konkretisierung die Kriterien an, die Marina Ottaway zur Analyse semi-autoritärer Regime entwickelt hat, so treffen diese in der Tat nahtlos auf Russland zu.<sup>59</sup> Auch in Russland hat die politische Klasse eine beträchtliche Virtuosität bei der Simulation demokratischer Verfahren entwickelt. Das beginnt bei der Manipulation der Wahlen durch die Nutzung „administrativer Ressourcen“ oder auch durch offene Fälschungen, die im nördlichen Kaukasus und in einigen anderen Föderationssubjekten legendär sind – beides übrigens kein Phänomen des Putinismus, sondern bereits unter Jelzin in großem Maßstab erprobt. Es setzt sich darin fort, dass auch in Russland die eigentlichen Ressourcen politischer Macht jenseits der offiziellen Institutionen angesiedelt sind, was etwa der Nachfolge an der Staatsspitze als Zentrum informeller Netzwerke eine besondere Brisanz verleiht. So hatte Jelzin dieser Frage im Interesse seiner „Familie“, des Kreml-Clans aus Angehörigen sowie alliierten Bürokraten und Oligarchen, sein letztes Amtsjahr geopfert und durch permanente Personalrochaden gar eine Staatskrise heraufbeschworen, und auch bei Putin blickt das Moskauer politische Establishment gebannt auf das Jahr 2008, kaum dass er seine zweite Amtszeit angetreten hat. Und es manifestiert sich in mehr oder weniger elaborierten Versuchen, den öffentlichen Raum, sprich die Medien, gesellschaftliche Gruppen und die Parteien, unter Kontrolle zu halten. Zu Jelzins Zeiten spielten hier die wichtigsten Kapitalgruppen eine tragende Rolle; unter Putin ist der Zentralstaat an deren Stelle getreten.

Zwar hatte sich bereits unter Jelzin institutionell wie personell ein dominantes Machtzentrum herausgebildet, doch unterschied sich dieses vom Machtzentrum, das Putin sukzessive zu etablieren vermochte. Der *prima facie* sichtbarste Unterschied: Während Jelzins Regime beständig, wenn auch letztlich erfolglos, herausgefordert wurde und insofern einen wenig konsolidierten Eindruck vermittelte, hat Putin spätestens zu Beginn seiner zweiten Amtsperiode die Konkurrenz anderer potentieller Machtzentren im Lande eliminiert. Dass ihm dies gelang, hat gewiss mit den Handlungsräumen zu tun, die ihm die Institution des Superpräsidentalismus einräumt, aber auch mit seinen taktischen Fähigkeiten, die es ihm ermöglichten, sich ohne größere Friktionen aus der Umklammerung durch die „Familie“ seines Vorgängers zu befreien und eine eigene Machtbasis aufzubauen. Doch damit nicht genug:

But the problem goes well beyond personalities. Countries do not necessarily deserve the leaders they get, but they do get the leaders whose rise conditions facilitate. If the leader is removed, the conditions remain. For democracy promoters this is an unpleasant thought,

59 Vgl. hier Ottaway, a.a.O. (Anm. 57), S. 133-189.

because it is easier to demonize individuals and even oust them from power than to alter the conditions that propel those leaders to the fore.<sup>60</sup>

Tatsächlich stellt der „subjektive Faktor“ gerade im russischen Fall zwar die notwendige, nicht aber auch die hinreichende Bedingung für den reibungslosen Übergang von Jelzins oligarchisch-deliberativem zu Putins bürokratisch-zentralistischem Autoritarismus dar. Auch wenn es natürlich zutrifft, dass Demokratisierung „the outcome of actions, not just of conditions“ darstellt,<sup>61</sup> können die strukturellen Barrieren erfolgreicher Demokratisierung, die am Beginn der dritten Welle so nachdrücklich hinweg gespült worden waren, angesichts der wachsenden Zahl autoritärer Abweichungen nicht länger ignoriert werden. Dass sich in den meisten Ländern autoritäre politische Kräfte durchsetzen konnten oder *faute de mieux* von einstigen Demokraten ein autoritärer Weg eingeschlagen wurde, hat in der auslaufenden dritten Welle erneut die konstitutive Bedeutung in Erinnerung gerufen, die den Rahmenbedingungen oder gar Voraussetzungen für eine erfolgreiche Demokratisierung zukommt – und damit auch zu einer Wiederbelebung der Modernisierungstheorie beigetragen. Dazu zählen nicht allein wirtschaftlicher Niedergang und soziale Ungleichheit, an denen schon vor der dritten Welle zahlreiche demokratische Ordnungen zerschellt sind.<sup>62</sup> Nicht minder bedeutsam sind ethnische Spannungen und vor allem Probleme bei der Staatsbildung.

Die Diffusion der einst in den Händen der Partei hochgradig zentralisierten Macht zugunsten aller denkbaren politischen und wirtschaftlichen Subjekte hatte im Übergang vom real existierenden Sozialismus auch in Russland einen nur mehr amorphen Staat hinterlassen. Zwar verfügte dieser über alle Insignien einstiger Größe – einschließlich eines Präsidenten mit dem Kommando über ein enormes nukleares Potential –, nicht jedoch über die damit korrespondierende Handlungsfähigkeit. Sie fiel den intransigenten Regionen im „asymmetrischen Föderalismus“ und der Bereicherung im oligarchischen Kapitalismus zum Opfer. Auch in Russland ging es, wie Thomas Carothers das Problem umschrieb, „more about the redistribution of state power than about state-building“ – im Einklang mit den Rezepten der westlichen Demokratieförderer, in der Praxis jedoch nach den Gesetzen, denen die Stärkeren und Schnelleren mit ihren partikularen Interessen und umfassenden Machtansprüchen Geltung verschafften.<sup>63</sup> Es war daher für Putin ein Leichtes, hier eine breite politische Koalition zur Rehabilitierung des Staates und seiner elementaren Funktionen zu schmieden – im Namen der Demokratie ebenso wie zur Befriedigung sozialer Bedürfnisse oder zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. Schwieriger war es

60 Ottaway, a.a.O. (Anm. 57), S. 14.

61 Adam Przeworski, Fernando Limongi, Modernization: Theories and Facts, in: World Politics, Jg. 49, Nr. 2, 1997, S. 176.

62 Vgl. Adam Przeworski, Michael Alvarez, José Antonio Cheibub, Fernando Limongi, Democracy and Development. Political Institutions and Well-Being in the World, 1950-1990, Cambridge (University Press), 2000.

63 Carothers, a.a.O. (Anm. 18), S. 17: by „weakening the relative power of the executive branch – by strengthening the legislative and judicial branches of government, encouraging decentralization, and building civil society.“

dagegen, dies in einen Prozess des *state-building* zu überführen, denn wie der Staat funktionieren und wer ihn steuern sollte, blieb anfangs durchaus offen – doch offenbarte sich dieser Konflikt erst, als bereits die entscheidenden Weichenstellungen erfolgt waren.

Dabei kam Putin seine auch für andere semi-autoritäre Regime charakteristische Popularität zugute, eine seiner wichtigsten und beständigsten Machtressourcen. In Anbetracht der Verunsicherungen und Entbehrungen des politischen Über- und des wirtschaftlichen Niedergangs war es nur zu verständlich, dass die Bevölkerung für das Versprechen von Ruhe, Ordnung und pünktliche Lohnzahlungen höchst empfänglich war. Zwar stellt Demokratie aus westlicher Perspektive einen Wert an sich dar und dient im Sinne von Amartya Sen's berühmtem Diktum „fit through democracy“ auch dem gesellschaftlichen und ökonomischen Fortschritt. Aus Sicht der allzu oft im täglichen Kampf um das physische oder materielle Überleben stehenden Betroffenen misst sich der Wert einer Demokratie aber vor allem daran, was sie zu diesem Überleben beiträgt. Zumal dann, wenn Demokratisierung mit ökonomischem Niedergang und gewalttätigen Konflikten einhergeht, verfügen semi-autoritäre Führer folglich über eine nahezu unerschöpfliche Legitimationsquelle. Auch dies hat im Putinismus seinen Niederschlag gefunden.

Heraus kam mit dem Putinismus schließlich ein System – oder in der Terminologie von Thomas Carothers ein „politisches Syndrom“ –, das in seiner widersprüchlichen Verbindung aus politischem Autoritarismus und Wirtschaftsliberalismus als Idealtyp der klassischen Modernisierungstheorie erscheinen mag. Das gilt personell mit dem Kreml als organisierendem Zentrum der Machtinstrumente und davon abgegrenzt einer Wirtschaftsregierung aus liberalen Technokraten. Aber es gilt auch programmatisch, denn das Eine ist nach offiziellem Verständnis nicht ohne das Andere vorstellbar, wie im Chile des Augusto Pinochet, das sich seit Beginn der Transformation gerade unter orthodoxen Wirtschaftsliberalen wie dem offiziellen Präsidentenberater Andrej Illarionow einer beträchtlichen Popularität erfreut.<sup>64</sup> Die Frage ist, ob diese *mésalliance*, wie sie sich aus demokratiethoretischer Perspektive darstellt, zu halten vermag, was sie zu leisten vorgibt: die Modernisierung des Landes, mit der allein Putin das wichtigste politische Ziel seiner zweiten Amtszeit, eine Verdoppelung der Wirtschaftsleistung innerhalb von zehn Jahren, zu erreichen vermag. Oder reflektiert sie umgekehrt lediglich ein macht- und verteilungspolitisches Patt zwischen den auf freie Entfaltung drängenden Wirtschaftsakteuren auf der einen und den Anhängern staatlicher Kontrolle in der Bürokratie auf der anderen Seite?

64 Christopher Weafer, Chefvolkswirt der Alfa-Bank, fügte Mahatirs Malaysia hinzu und sieht als positives Charakteristikum der von beiden garantierten politischen Stabilität und ökonomischen Zuverlässigkeit „that both governments were internally united on a strategy for economic reform, created growth incentives for small-business development, reduced bureaucracy and obvious corruption, and established a strong partnership with industry. These are also at the heart of the reform agenda that Putin has set out for Russia.“ Christopher Weafer, *The Chilean or Indonesian Model?* in: *Moscow Times*, 18. August 2004, S. 7. Dem hält Lilja Schewzowa (*Straight Forward into the Past. A Manifesto of Stagnation*, in: *Russia in Global Affairs*, Jg. 2, Nr. 2, 2004, S. 21) entgegen, dass in der Praxis „a system of self-preservation and of status quo, but not of development“ entstanden sei.

Den aktuellen globalen Rezepturen entspricht das Modernisierungsmodell des Putinismus jedenfalls nicht. Nach dem weithin kläglichen Scheitern der modernisierungstheoretisch inspirierten Entwicklungsdiktaturen, zu denen ja auch die Sowjetunion zählte, werden die einst von den autoritären Regimen beanspruchten Entwicklungs- und Modernisierungsleistungen allenthalben demokratischen Ordnungen zugeschrieben. Jagdish Bhagwatis „cruel choice“ zwischen Demokratie und Entwicklung ist in einer Gleichung aufgehoben. Nicht allein, dass Demokratien mit einem freien Verkehr von Gütern, Arbeit und Kapital korrespondieren; das ist mit Abstrichen auch in autoritären Regimen möglich. Als Gründe werden vor allem genannt, dass Demokratien die Eigentumsrechte sowie die sozialen Bedürfnisse benachteiligter Gesellschaftsgruppen besser schützen. Auch verhinderten die freie Wahl der Meinung wie der politischen Repräsentanten eine Ausbreitung der Korruption und eine Ausbeutung des Staates durch partikuläre Interessen. Eine effizientere Ressourcenallokation sowie die Förderung von Innovationen seien die Folge.<sup>65</sup>

In Russland war all dies unter Jelzin genau umgekehrt. Man muss daher nicht erst das russisch-sowjetische autoritäre Erbe bemühen um zu erklären, warum mit autoritären und nicht mit demokratischen Instrumenten auf die plutokratische Aushöhlung des Staates und die Ausplünderung der wirtschaftlichen Ressourcen reagiert wurde. Vielleicht hätten starke Parteien, Interessengruppen und Gewerkschaften die demokratische Alternative erzwingen können.<sup>66</sup> Deren Versagen zu beklagen bedeutet jedoch lediglich, das Ziel zum Instrument zu erheben. In Anbetracht einer solchen Ausgangslage ist das Phänomen des Putinismus folglich alles andere als ungewöhnlich. Erstaunlicher ist vielmehr, dass er sich gegen die medial und materiell abgesicherten Netzwerke des oligarchischen Kapitalismus durchzusetzen vermochte.<sup>67</sup> Und offen ist, wo das dabei erzeugte autoritäre Momentum gestoppt werden kann, da seine Advokaten im Staats(sicherheits)apparat ihren Preis verlangen und sukzessive immer mehr demokratische Sicherungen beseitigt werden. Dass damit nicht nur politische, sondern auch Eigentumsrechte auf der Strecke bleiben, dass sich neue partikuläre Interessen – diesmal unter dem Deckmantel des Gemeinwohls im Staatsapparat selbst – entfalten, sind die notwendigen Begleiterscheinungen, die einst das Scheitern der klassischen Modernisierungstheorie und ihrer Entwicklungsdiktaturen begründeten. In der Jukos-Affäre treten diese Probleme plastisch zu Tage.

65 Vgl. zu dieser Diskussion Hans-Joachim Spanger, Jonas Wolff, *Why Promote Democratisation? Reflections on the Instrumental Value of Democracy*, Den Haag (The Institute for Multiparty Democracy), i. E.

66 So etwa Lilja Schewzowa (President Putin Is Shaping His Own Political Regime: What Will Be the Impact? Briefing Papers (Moskowskij Zentr Karnegi), Jg. 6, Nr. 1, Januar 2004, in: [www.carnegie.ru](http://www.carnegie.ru)): „Putin was right to try and extricate the country from Yeltsin’s oligarchic capitalism. But he had two options – either transferring to bureaucratic capitalism and untying the hands of the state bureaucracy or restructuring the Russian System and building democratic capitalism. He chose the first alternative.“ Dies nicht zuletzt, weil die zweite Alternative gesellschaftlichen Druck und nennenswerte Unterstützung in der politischen Klasse vorausgesetzt hätte – was nicht der Fall war.

67 Was unter demokratischen Bedingungen, die die Verfügungsgewalt über solche Ressourcen der politischen Auseinandersetzung prämiieren, noch weniger vorstellbar ist, vgl. hierzu Yevgeny Yasin, *A Battle Between Business and Bureaucracy*, in: *Russia in Global Affairs*, Jg. 2, Nr. 3, 2004, S. 60f.

#### 4. Die Jukos-Affäre als Menetekel

Die Jukos-Affäre begann vor mehr als einem Jahr, im Juni 2003, ohne dass bis heute ein Ende abzusehen wäre. Doch auch wenn Michail Chodorkowskij und sein Partner Platon Lebedew nach wie vor im Gefängnis auf ihr Urteil warten und auch wenn der Ölkonzern Jukos sich nach wie vor um die Begleichung der beständig steigenden Steuerforderungen bemüht, so kann es am Ziel der rechtsstaatlich inszenierten Operation keinen Zweifel mehr geben: Es geht um die politische Vernichtung des einst reichsten Mannes Russlands und um die wirtschaftliche Zerschlagung des einst größten Ölkonzerns des Landes. Das war in dieser Kombination am Beginn keineswegs klar, weder den Beobachtern noch den Akteuren.

Den Startschuss gab Ende Mai 2003 ein relativ harmloses Papier, das vom „Rat für Nationale Strategie“ unter der Verantwortung seines Vorsitzenden Stanislaw Belkowskij, einem im Kreml bestens vernetzten Polittechnologen, veröffentlicht wurde.<sup>68</sup> In ihm beschworen die anonymen Autoren neben allerlei Anmerkungen zur Genese der Oligarchie in Vergangenheit und postsowjetischer Gegenwart nicht nur einen „schleichenden Coup“ der Oligarchen zur Beseitigung von Amt und Person des russischen Präsidenten, es wurden auch die vermeintlichen Drahtzieher genannt mit Chodorkowskij an der Spitze, gefolgt von Roman Abramowitsch (Sibneft, Chelsea London), Michail Fridman (Alfa, TNK-BP), Oleg Deripaska (Basowij Element, Russkij Aljuminij) und Wladimir Potanin (Interros). Die unterstellte Konspiration der Oligarchen entpuppte sich schnell als eine sorgfältig eingefädelte Verschwörung aus den Korridoren der Kreml-Administration, denn als in der russischen Presse noch über die eigentlichen Intentionen der Analyse gerätselt wurde, fand bereits die erste Verhaftung statt.<sup>69</sup> Sie traf mit Platon Lebedew zwar nur einen Oligarchen der zweiten Reihe, doch da dieser als Vorsitzender des Vorstandes der Menatep-Holding zugleich ein enger Alliiertes Chodorkowskij war, konnte das Signal kaum missverstanden werden: Das eigentliche Ziel war Chodorkowskij, der nach dem bewährten Muster, das drei Jahre zuvor Wladimir Gusinskij erst in die Knie und dann außer Landes gezwungen hatte, zu einer als freiwillig deklarierten Mäßigung oder gar zu einem Verzicht auf seine politischen und wirtschaftlichen Ambitionen veranlasst werden sollte.

Chodorkowskij erwies sich jedoch als ein Gegner, der solchen Avancen wenig zugänglich war – dies wohl auch im ausgeprägten (Selbst-)Bewusstsein, als reichster Mann Russlands über ausreichend personelle und materielle Ressourcen zu verfügen, um wie in der

68 Eine gekürzte Fassung erschien am 25. Juni unter dem Titel: „Staat und Oligarchie“ in der rechtsradikalen Zeitung „Sawtra“, in: <http://zavtra.ru/cgi/veil//data/zavtra/03/501/31.html>. In dem Rat hatten sich etwa ein Jahr zuvor 23 politische Wissenschaftler und Publizisten unterschiedlicher Couleur zusammengefunden, von denen einige sich expressis verbis von dem Report distanzieren.

69 Einige der Spekulationen finden sich bei Vladimir Pribylovsky, Oligarchs, True and False, in: *Russia and Eurasia Review*, Jg. 2, Nr. 12, Juni 2003. Wie das Papier den Weg zum Präsidenten gefunden haben könnte, erläutern u.a. Eberhard Schneider, Putin und die Oligarchen, Berlin (Stiftung Wissenschaft und Politik, S 36), September 2004, S. 17; Roland Götz, Rußland und seine Unternehmer. Der Fall Chodorkowskij, Berlin (Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 45), November 2003, S. 5.

Vergangenheit etwaige Hindernisse aus dem Weg räumen zu können. So war er nicht nur Hauptfinancier der beiden liberalen Oppositionsparteien „Jabloko“ und „Union der Rechten Kräfte“ (SPS), ihm waren auch zahlreiche Duma-Abgeordnete anderer Parteien zu Diensten, einschließlich der Kommunisten und der Kreml-Partei „Einheit Russlands“ (Jedinaja Rossija). Ferner verfügte er in Gestalt des Leiters der Präsidentialadministration, Aleksandr Woloschin, und des Ministerpräsidenten Michail Kasjanow über potentielle Verbündete, die als Vertreter des Jelzin-Clans den Oligarchen im Zweifel noch immer ihre schützende Hand gereicht hatten. Und nicht zuletzt glaubte er, mit großzügigen Stiftungen („Offenes Russland“, Staatliche Hochschule für Geisteswissenschaften), dem Kauf der Wochenzeitung Moskowskije Nowosti und einer Public-Relations-Kampagne im Westen auch in der (Welt-)Öffentlichkeit ausreichend Unterstützung mobilisieren zu können, um seinen Kontrahenten im Kreml Einhalt gebieten und dem Präsidenten die Risiken der *Carte blanche* vor Augen zu führen, die er diesen offenbar gewährt hatte.

Allerdings ging die Rechnung nicht auf. So erfolgreich Chodorkowskij noch im Frühjahr 2003 mit bewährten Instrumenten in der Staatsduma eine Gesetzesnovelle zur Besteuerung der Ölindustrie zu blockieren vermochte, so sehr hatte er jetzt, als es um die Glaubwürdigkeit des Kreml ging, seine Karten überreizt.<sup>70</sup> Am 25. Oktober 2003 wurde auch er verhaftet und der gleichen Delikte angeklagt wie sein Partner Lebedew (Betrug bei der Privatisierung der Düngemittelfabrik „Apatit“, Steuerhinterziehung, Urkundenfälschung und schließlich noch Bildung einer kriminellen Vereinigung). Nur wenige Tage später, am 30. Oktober, trat Woloschin von seinem Amt als Leiter der Präsidentialadministration zurück; die Ablösung von Ministerpräsident Kasjanow folgte Ende Februar 2004. Damit war Chodorkowskij erst einmal politisch neutralisiert und mit ihm all jene politischen Kräfte, die von seinen nun versiegten finanziellen Zuwendungen gezehrt hatten. Mehr noch konnte mit dem entschlossenen Vorgehen gegen einen weiteren prominenten Oligarchen in den anhebenden Wahlkämpfen Wasser auf die populistischen Mühlen der Staatspartei Jedinaja gelenkt werden, die im Schatten der hohen Ölpreise mit ihrer neoliberalen Wirtschaftspolitik zwar auch für die Bevölkerung spürbare Erfolge erzielt hatte, auf der sozialen Flanke jedoch verwundbar erschien.

Dem politischen Ziel war damit in doppelter Weise Genüge getan: Ein potentiell gefährlicher Gegner des Präsidenten konnte ausgeschaltet, und es konnten im Sinne der Generalprävention auch den übrigen Oligarchen ihre Grenzen aufgezeigt werden. Sie wurden nachhaltig daran erinnert, dass der sogenannte „Schaschlik-Pakt“ aus dem Jahre 2000, in dem die Einflussbereiche zwischen Politik und Wirtschaft abgegrenzt worden waren, politisches Wohlverhalten der Oligarchen einforderte. Entschieden war die Auseinandersetzung damit jedoch nicht, zumal der attraktivere ökonomische Part der Auseinandersetzung einer Lösung hararte. Diese stellte sich denn auch als weit komplizierter dar,

70 Zu diesen Praktiken äußerte sich Wirtschaftsminister German Gref, autoritären Neigungen gänzlich unverdächtig, jüngst in einem Interview sehr anschaulich: „Ich habe eine sehr schlechte Meinung von Chodorkowskij. Er saß einst in diesem Büro und sagte zu mir: ‚Es tut mir leid, mein Lieber?! Entweder zieht ihr euer Gesetz zurück, oder wir stellen euch kalt.‘“ Die Zeit, 14. Oktober 2004, S. 32.

war doch in den Auseinandersetzungen innerhalb der politischen Klasse die Balance zu halten zwischen generellen Umverteilungsambitionen und der Bewahrung eines stabilen Investitionsklimas sowie zwischen den Begehrlichkeiten gegenüber Jukos und den juristischen Verfahrensregeln, die dank internationaler Verflechtungen und Verpflichtungen hier nicht beliebig gedehnt werden konnten.

Schon bei der Verhaftung von Chodorkowskij, die von zahllosen Durchsuchungen begleitet war, wurden von der Staatsanwaltschaft mit 40% der Aktien in etwa dessen Anteile an dem Unternehmen sistiert. Doch geschah dies seinerzeit nicht, um ihn zu enteignen, sondern um deren Verkauf zu verhindern. Auch die Ankündigung des Minister für Bodenschätze, Witalij Artjuchow, Jukos die Förderlizenzen entziehen zu wollen, blieb eine Episode, der zunächst keine Taten folgten. Ernst wurde es hingegen, als im April 2004 die Steuerbehörden ihre Rechnung präsentierten, für das Jahr 2000 vom Konzern eine Nachzahlung in Höhe von 3,4 Milliarden US-Dollar forderten, auf sofortiger Zahlung bestanden und, als ihnen dies von seiten der angerufenen Gerichte bestätigt wurde, die Jukos-Konten einfroren. Damit begann ein Katz-und-Maus-Spiel, das bis heute andauert. Da Jukos seine mehrfach angekündigte Zahlungsunfähigkeit abwenden konnte, erhöhten die Finanzbehörden im Verlauf des Jahres sukzessive den Einsatz: Im August folgte eine Steuernachforderung für das Jahr 2001 in Höhe von 4,1 Milliarden US-Dollar und im November für das Jahr 2002 in Höhe von 6,7 Milliarden US-Dollar. Rechnet man die Forderungen hinzu, die zur gleichen Zeit an den wichtigsten Förderbetrieb von Jukos – Juganskneftegas – in Höhe von 951 Millionen US-Dollar für das Jahr 2002 und 2,35 Milliarden US-Dollar für das Jahr 2001 gerichtet wurden, so ergibt sich bis Mitte November 2004 eine Gesamtschuld von 17,55 Milliarden US-Dollar, die allerdings noch nicht etwaige Forderungen für das Jahr 2003 erfasst.<sup>71</sup> Auch wurden vom Ministerium für Bodenschätze ein weiteres Mal die Förderlizenzen ins Spiel gebracht, diesmal gegenüber Juganskneftegas.

Dass dieser Betrieb, aus dem mehr als 60% der Ölförderung von Jukos stammen, das eigentliche Objekt der Begierde ist, wurde spätestens im Juli deutlich, als das Justizministerium dessen Zwangsversteigerung ankündigte, um so die Steuerschuld von Jukos zu begleichen. Wohl unter dem Druck der liberalen Wirtschaftstechnokraten in der Regierung, die bei allem Unbehagen an der Jukos-Affäre und der Sorge um das Investitionsklima wenigstens den Anschein eines Insider-Deals vermeiden wollten, bequeme sich das Ministerium dazu, eine unabhängige Prüfung des Wertes von Juganskneftegas vornehmen zu lassen, und beauftragte damit am 12. August die Investment Bank Dresdner Kleinwort Wasserstein. Deren Ergebnis, das Mitte Oktober vorgelegt wurde, lag mit 14,7 bis 17,3

71 Diese sind offenkundig am 20. November nachgereicht worden und belaufen sich nach Angaben von Jukos auf 5,96 Milliarden US-Dollar. Nach den Berechnungen des Unternehmens sind auch die ursprünglichen Forderungen noch höher und summieren sich auf etwa 18,5 Milliarden US-Dollar. Daraus hat Jukos eine Steuerlast berechnet, die von 67% der Einkünfte im Jahre 2000 über 100% im Jahre 2001 auf 105% im Jahre 2002 gestiegen sei, vgl. [www.yukos.ru](http://www.yukos.ru). Allerdings bildete Jukos gemeinsam mit Sibneft in den vorhergehenden Jahren mit 12-13% effektive Ertragssteuerlast das Schlusslicht aller russischen Ölkonzerne.

Milliarden US-Dollar weit jenseits der Verkaufspreise in Höhe von 1,75 bis 3,75 Milliarden US-Dollar, die von interessierter staatlicher Seite zu wechselnden Gelegenheiten ins Gespräch gebracht worden waren. Es bewegte sich damit aber auch weit jenseits der finanziellen Möglichkeiten, über die potentiell interessierte russische Unternehmen verfügen. Die ursprünglich für Ende November vorgesehene Zwangsversteigerung wurde denn auch erst einmal vertagt, schließlich jedoch auf den 19. Dezember 2004 festgesetzt: Zum Mindestgebot von 8,65 Milliarden US-Dollar stehen nunmehr 76,79% von Juganskneftegas zur Übernahme bereit. Mit diesem Erlös jedoch wäre nur ein Bruchteil der exorbitanten Steuerforderungen abgedeckt. Es ist daher absehbar, dass Jukos im weiteren Verlauf vollständig zerschlagen werden soll.

Zwar hatte Wladimir Putin schon Mitte Juni öffentlich verkündet, dass Russland kein Interesse an einem Bankrott des Jukos-Konzerns habe, das ändert jedoch nichts an dem sehr ausgeprägten und vom Präsidenten offenkundig gedeckten Interesse an dessen Zerschlagung.<sup>72</sup> Dabei geben sich das Ziel einer nationalen Abschirmung und staatlichen Kontrolle der wirtschaftlichen Schlüsselsektoren, Expansionsbedürfnisse einzelner Unternehmen des Öl- und Gassektors sowie materielle Begehlichkeiten führender Mitarbeiter des Präsidenten auf sehr eigene Weise die Hand. Jukos wäre, zumal nach der Übernahme des Ölkonzerns Sibneft, zum mit Abstand größten Ölkonzern Russlands und zum viertgrößten weltweit aufgestiegen. Chodorkowskij hatte diese Fusion noch vor seiner Verhaftung mit Roman Abramowitsch, einem weiteren prominenten Oligarchen aus dem einstigen Umfeld des Jelzin-Clans, eingefädelt. Allein eine solche Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen eines erklärten Putin-Gegners bot dessen Büchsenspannern im Kreml hinreichend Argumente, um aktiv zu werden. Das galt um so mehr, als Chodorkowskij offenkundig parallel Fusionsgespräche mit amerikanischen Ölkonzernen führte, genannt werden hier ExxonMobil und ChevronTexaco, die zu allem Überfluss auch noch einen bestimmenden ausländischen Einfluss befürchten lassen mussten, der personell in der Unternehmensleitung von Jukos ohnedies schon präsent war. Die bereits eingeleitete Fusion mit Sibneft rückgängig zu machen und die Fusionsgespräche mit den US-Unternehmen abubrechen, waren denn auch die ersten Maßnahmen, die Chodorkowskij nach seiner Verhaftung abgetrotzt wurden.

Das bedeutet indes nicht, dass von seiten der Präsidialadministration jegliches ausländisches Engagement in den Schlüsselsektoren der russischen Wirtschaft unterbunden werden soll. Die Fusion von TNK (Tjumen-Öl und Sidanko) als immerhin drittgrößtem

72 Die offizielle Verkündung der Zahlungsunfähigkeit und die Einleitung eines Konkursverfahrens ist denn auch ein Instrument, mit dem insbesondere die Menatep-Gruppe als Mehrheitseignerin von Jukos ihre Interessen wahren will, da in einem solchen Fall etwa Kredite an Jukos (bei Menatep selbst immerhin in Höhe von 1,6 Milliarden US-Dollar) bevorzugt zu bedienen sind und die Gläubiger den Konkursverwalter bestimmen können. Es wurde daher schon Anfang November für den 20. Dezember eine außerordentliche Aktionärsversammlung anberaumt, auf der über eine mit den Steuerbehörden abzustimmende Restrukturierung oder, sollte diese erneut nicht zustande kommen, über die Zahlungsunfähigkeit befunden werden soll. Und es ist vor diesem Hintergrund kein Zufall, dass die Zwangsversteigerung auf den 19. Dezember terminiert wurde, die eine einvernehmliche Restrukturierung obsolet macht.

russischen Ölkonzern mit BP im September 2003, die Beteiligung von ConocoPhillips durch Übernahme des verbliebenen Staatsanteils in Höhe von 7,6% an Lukoil im Oktober 2004 und die langjährige Beteiligung von E.ON an Gasprom in Höhe von 6,5% lassen einen solchen Schluss kaum zu. Allerdings handelt es sich überwiegend um Minderheitsbeteiligungen, die den Zugang zum Weltmarkt absichern sollen und zugleich das Bedürfnis befördert haben dürften, nach dem Muster der in Moskau viel gepriesenen koreanischen Chaebols flankierend eine Art nationalen, staatlich kontrollierten Champion als organisierendes Zentrum des Energiesektors zu kreieren.<sup>73</sup> Dafür bietet sich Gasprom an, weltgrößter Gasproduzent und immer noch zu etwa 40% im Eigentum des Staates. Hier vollzogen sich in den letzten Monaten bemerkenswerte Veränderungen. So fusionierte Gasprom im Oktober durch einen Aktientausch mit dem staatlichen Ölkonzern Rosneft, was nicht nur den Staatsanteil am neuen Konzern auf über 50% anhebt, sondern auch den ersten Schritt zur Schaffung eines integrierten Energiekonzerns darstellt.<sup>74</sup> Einen weiteren bildet der Aktienkauf, den Gasprom in den letzten Monaten im Umfang von etwa 10% an RAO EES, dem russischen monopolistischen Stromversorger, vorgenommen hat. Die Möglichkeit, sich mit Juganskneftegas und unter Umständen weiteren Teilen des Jukos-Konzerns auch zum größten Ölproduzenten Russlands aufzuschwingen, würde diese Expansionsstrategie zweifellos abrunden. Gasprom hat denn auch Ende November sein Interesse bekundet, doch ist noch nicht absehbar, wie dies ohne ein Engagement von E.ON oder anderer westlicher Partner zu Marktbedingungen umgesetzt werden kann.<sup>75</sup>

Diese Expansion war zuvor nicht nur von prominenten Vertretern der Präsidentialadministration, wie deren stellvertretendem Leiter Igor Schuwalow, angekündigt und von prominenten Vertretern der Regierung, wie Wirtschaftsminister Gref, kritisiert worden,<sup>76</sup> sie wurde auch personell abgesichert. So bekleidete Dmitrij Medwedjew, der neue Leiter der Präsidentialadministration und gemeinhin dem liberalen Petersburger Lager zugerechnet, schon seit längerem das Amt des Aufsichtsratsvorsitzenden bei Gasprom. Ihm trat im Juli 2004 mit Igor Setschin, seinem Stellvertreter und prominenten Vertreter der Petersburger *Silowiki* aus dem Umfeld des Geheimdienstes, als Vorsitzender des Aufsichtsrats von Rosneft zur Seite. Was früher, als Aleksandr Woloschin erstmals ein solches Amt beim Stromversorger RAO EES übernahm,<sup>77</sup> als Ausnahme galt, ist in der zweiten Amtszeit Wladimir Putins zur Regel geworden, denn auch andere führende Vertreter seiner

73 Vgl. hier auch Alexander Radygin, *Russia en Route to State Capitalism?* In: *Russia in Global Affairs*, Jg. 2, Nr. 2, 2004, S. 53-56.

74 Nach einer Ankündigung des Vorstandsvorsitzenden von Gasprom, Aleksej Miller, plant dieser auch die Übernahme des staatlichen Ölkonzerns Sarubeschneft, vgl. *Gref Says State Must Leave Business Alone*, in: *Moscow Times*, 28. Oktober 2004.

75 Die Bildung von E.ON als integriertem deutschen Energiekonzern in den Jahren zuvor könnte hier durchaus als Vorbild für Gasprom gewirkt haben.

76 Vgl. Shuvalov: *Yukos Case Not the Last*, in: *Moscow Times*, 29. Oktober 2004; zu Gref sein Interview mit *Die Zeit*, 14. Oktober 2004, S. 32.

77 Dieses Amt übt er auch nach seinem Rücktritt aus und gelangte dorthin als Vertrauter des Vorstandsvorsitzenden von RAO EES, Anatolij Tschubajs, so wie Setschin gemeinhin als Vertrauter des Vorstandsvorsitzenden von Rosneft, Sergej Bogdantschikow, eines erklärten Feindes von Chodorkowskij, gilt.

Administration befriedigten in den letzten Monaten ihren Appetit auf wohl dotierte Ämter im staatlich kontrollierten Sektor der Wirtschaft.<sup>78</sup>

Das Ziel, einem besonders aggressiven und prominenten Oligarchen und damit auch allen anderen die politischen Grenzen aufzuzeigen, das Bedürfnis, die staatliche Kontrolle in einem Wirtschaftssektor zurückzugewinnen, der für Russland von existentieller Bedeutung ist und ganz profane Gier sind mithin in der Jukos-Affäre eine Verbindung eingegangen, die dem Fall seine exemplarische Bedeutung verleihen und dessen transformativische Dynamik begründen. Dabei geht es nicht, wie einer der publizistischen Initiatoren der Affäre, Stanislaw Belkowskij, bereits mit Bedauern festgestellt hat, um die vielfach geforderte Revision der Insider-Privatisierungen der 1990er Jahre, denen die Oligarchen ihren unverdienten Aufstieg verdanken.<sup>79</sup> Insofern ist auch der Vorwurf, dass bei Jukos das Recht selektiv angewandt werde, verfehlt, denn dessen umfassende Anwendung hätte zwangsläufig eine ebenso umfassende Umverteilung zur Folge. Ähnlich verhält es sich mit den politisch instrumentalisierten Steuerforderungen. Zwar wurde von offizieller Kreml-Seite im Zuge der Jukos-Affäre eine Überprüfung aller Unternehmen des Energiesektors angekündigt, doch sprengt diese bislang nicht den üblichen Rahmen.<sup>80</sup> „Steuroptimierung“ durch die Nutzung karibischer Steueroasen haben alle Unternehmen betrieben, und in den russischen Regionen hatten viele in der Vergangenheit dafür gesorgt, dort überhaupt keine Steuern zahlen zu müssen. Damit war den national operierenden Oligarchen ein wesentlicher Anreiz gegeben, in den Föderationssubjekten nachzuholen, was ihnen unter Putin in Moskau verwehrt war: den direkten Zugang zu den Machtpositionen der regionalen Administrationen.<sup>81</sup> Zuvor hatten sich dort lediglich regionale Kopien des Moskauer oligarchischen Kapitalismus etabliert.<sup>82</sup> Dies stellt aus ökonomischer Perspektive und jenseits der antiterroristischen Deklarationen ein nicht zu unterschätzendes und von Putin mehrfach bekräftigtes Motiv für die Bemühungen des Kreml dar, die zentrale

78 So rückte Wiktor Iwanow, ein weiterer prominenter *silowik*, in den Aufsichtsrat von Aeroflot ein, Wladislaw Surkow wurde Vorsitzender des Aufsichtsrats von Transneft, des Eigentümers der russischen Ölpipelines, und Igor Schuwalow übernahm dieses Amt bei der russischen Eisenbahngesellschaft.

79 Siehe Stanislav Belkovsky, Khodorkovsky Has Scored a Moral Victory, in: Moscow Times, 12. August 2004, S. 8. Dies hat Putin in seiner Rede auf dem XIV. Kongress der Vereinigung der Industriellen und Unternehmer am 16. November 2004 noch einmal bekräftigt, vgl. [www.kremlin.ru](http://www.kremlin.ru).

80 So wurde dem russisch-britischen Ölkonzern TNK-BP im November 2004 eine Steuernachforderung in Höhe von lediglich 84 Millionen US-Dollar für das Jahr 2001 präsentiert, vgl. Moscow Times, 1. November 2004. Sibneft dagegen ist mit einer Forderung von immerhin 733 Millionen US-Dollar für die Jahre 2000/01 konfrontiert, während es bei Lukoil 103 Millionen US-Dollar für das Jahr 2001 waren, vgl. Moscow Times, 19. November 2004.

81 Die Wahl von Roman Abramowitsch (Sibneft) zum Gouverneur des Autonomen Bezirks der Tschuktschen und jene von Aleksandr Chloponin (Interros) zum Gouverneur von Krasnojarsk sind hier nur die prominentesten Beispiele, vgl. detailliert Russland-Analysen, Nr. 41, 15. Oktober 2004.

82 Vgl. hier Natalija Lapina, Alla Tschirikowa, Regionale Machtstrukturen als Problem des russischen Föderalismus, in: Peter W. Schulze, Hans-Joachim Spanger, Die Zukunft Rußlands. Staat und Gesellschaft nach der Transformationskrise, Frankfurt/M. (Campus) 2000, S. 111-171.

Kontrolle über das Land zu verstärken, wobei die Abschaffung der Direktwahl der Gouverneure die jüngste und am weitesten reichende Maßnahme bildet.<sup>83</sup>

Die Jukos-Affäre und die damit einher gehenden politischen wie wirtschaftlichen Restrukturierungsbemühungen mögen etatistischen Modernisierungsimperativen genügen und tatsächlich dazu beitragen, neben ihrer wirtschaftlichen Entfaltung die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen durchzusetzen und eine Aufbesserung der staatlichen Revenuen zu bewirken. Gewiss haben sie dazu beigetragen, den „Vektor“ in den Beziehungen zwischen Staat und Großunternehmen umzudrehen: Waren im oligarchisch-deliberativen System der Jelzin-Ära die Oligarchen die treibenden Kräfte, so hat in Putins bürokratischem Zentralismus der Staat die Initiative zurückgewonnen. Das hat allerdings an den innigen wechselseitigen Abhängigkeiten – und damit auch am „crony capitalism“ – bislang wenig geändert. Auch sind beide Varianten insoweit autoritär, als sie sich systematisch von der Gesellschaft abzuschirmen suchten und suchen. Dies hält (nunmehr) auch Michail Chodorkowskij für ganz selbstverständlich, wie er in seinem aus dem Gefängnis verfassten Nekrolog auf den russischen Liberalismus darlegt:

„Speaking from experience, I can say it is much easier to come to an arrangement with a handful of greedy (within reason) officials than it is to coordinate one’s actions with an active network of civic institutions. Business does not crave liberal political reforms, nor is it obsessed with freedom. On the contrary, it will always find a common language with whatever regime is in place. First and foremost, it seeks the state’s protection from civil society and organized labor.“<sup>84</sup>

Diese Absage an das einst von ihm finanzierte liberale Projekt mag man als verspätetes Friedensangebot an den Kreml lesen, doch ist es auch von der ziemlich larmoyanten Wahrnehmung getragen, dass sich in den Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft eigentlich überhaupt nichts geändert habe:

„It is laughable to hear propagandists call us ‚oligarchs‘. An oligarchy is a small group of people who genuinely hold power. We, however, were always dependent on some mighty bureaucrat in his ultra-liberal thousand-dollar suit.“<sup>85</sup>

Das ist zweifellos richtig, erklärt aber noch nicht, wie dieser Bürokrat bei einem Gehalt von wenigen hundert US-Dollar zu seinem „thousand-dollar suit“ gelangen konnte. Natürlich hingen die Oligarchen bei ihrem Aufstieg wie danach vom Staat und seinen Entscheidungen ab. Anders wären weder die ursprüngliche Akkumulation, die Verteilung und private Aneignung des staatlich verwalteten Volkseigentums, noch die Sicherung ihrer Monopolrenten vorstellbar. So entstanden Netzwerke wechselseitiger Abhängigkeit zwischen den öffentlichen Entscheidungsträgern und ihren privaten Profiteuren, die sich

83 So etwa in einem Interview mit den Nachrichtenchefs des russischen Fernsehens am 18. November, in dem er den „wachsenden Einfluss ökonomischer Gruppen und verschiedener ökonomischer Clans“ auf die regionalen Administrationen ebenso beklagt wie die „ökonomischen Schlachten zwischen lokalen und regionalen Clans“, vgl. [www.kremlin.ru](http://www.kremlin.ru).

84 Mikhail Khodorkovsky, *Liberalism in Crisis: What Is to Be Done?*, in: *Moscow Times*, 1. April 2004, S. 8.

85 *Ibid.*

erst im Prozess wirtschaftlicher Diversifizierung und Modernisierung auflösen können – und beides zugleich blockieren.

Allerdings erfassten die Netzwerke immer nur Teile der Bürokratie, zu Jelzins Zeiten und in Putins erster Amtszeit auf zentraler Ebene eben Chodorkowskijs „Ultra-Liberale“. Im Zuge von Putins Machtkonsolidierung gewann jedoch eine bürokratische Fraktion an Gewicht, die davon ursprünglich ausgeschlossen war und allein schon aus diesem Grund sowie dank ihres etatistisch deformierten *mindsets* selbst die Richtung vorgeben wollte. Dabei handelt es sich nicht zuletzt um jene Uniformträger, die nach Darstellung der Soziologin Olga Kryschtanowskaja mit Putin in beträchtlicher Zahl in die höheren administrativen Ränge eingezogen sind.<sup>86</sup> Ihr Projekt einer autoritären Konsolidierung des Staates findet so im Gewande staatlicher Steuerungsimperative seine den bisherigen liberalen Imperativen zuwiderlaufende ökonomische Entsprechung, ändert damit aber noch nicht die Funktionslogik des russischen Kapitalismus. Im Gegenteil geht es auch ihnen um wenig mehr als um die Abschöpfung von Monopolrenten, und ihr Verhältnis zur Gesellschaft und deren demokratische Entfaltung ist ungeachtet aller sozialer Rhetorik nicht weniger zynisch als jenes, das Chodorkowskij in seinem Bekenntnis zum Ausdruck gebracht hat.

Putins nachgeholtes *state building* läuft folglich in die verkehrte Richtung. Zwar konnte er durch Konzentration der Entscheidungsprozesse die Staatsmacht konsolidieren und damit auch die Handlungskapazitäten des Staates stärken, auch wenn die Entscheidungsbereitschaft in kritischen Situationen zunehmend das Opfer hierarchischer Absicherungsstrategien zu werden droht. Noch fragwürdiger sind jedoch Kohärenz und Autonomie des Staates, denn auch wenn dieser nicht länger von außen privatisiert wird, so wird er doch heute von innen instrumentalisiert – mit vergleichbaren Folgen, die sich schon beim Scheitern der Entwicklungsdiktaturen offenbart haben. So hat Putin mit seiner „Vertikale der Macht“ zwar den Kreml gestärkt, nicht aber den Staat. Dies beklagt zu Recht der liberale Duma-Abgeordnete Wladimir Ryschkow, in dessen Augen Putin mehr Macht akkumuliert habe als jeder politische Führer seit Jurij Andropow. Doch müsse er sein Ziel schon deshalb verfehlen, weil es ihm wie nahezu allen zuvor nicht gelingen wird, die Bürokratie zu kontrollieren. Daher gelte: „Until the state and society are thoroughly democratized and the economy profoundly transformed, Russia is unlikely to achieve real success.“<sup>87</sup>

86 Olga Kryschtanovskaya, Stephen White, Putin's Militocracy, in: Post-Soviet Affairs, 19. Jg., Nr. 4, 2003, S. 289-306. So hätten etwa 35% aller zwischen 2000 und 2003 ernannten stellvertretenden Minister einen beruflichen Werdegang im Militär- oder Sicherheitsapparat absolviert, und in der politischen Elite insgesamt sei ihr Anteil von 1988, als er lediglich 4% betrug, kontinuierlich auf 25% im Jahre 2003 gestiegen.

87 Vladimir Ryzhkov, Putin's Mission Impossible, in: Moscow Times, 2. Juni 2004, S. 10. Vgl. dazu auch sein Interview in Moskovskij Komsomolez, 20. Januar 2004, wo er die Duma als „ein Parlament eines autoritären Staates“ bezeichnete.

## 5. Die Konsequenzen: Kooperation in der semi-autoritären Grauzone

Auch in einem paradoxen Sinne ist Putins Bilanz durchaus gemischt: „Putin, although winning nearly every battle, is losing the war.“<sup>88</sup> Dabei kann man den Eindruck gewinnen, dass sich die westliche Debatte, die in den letzten Monaten beträchtlich an Schwung gewonnen hat, vor allem auf die Schlachten konzentriert und weniger auf den Krieg. Im Mittelpunkt steht, mit anderen Worten, der Augenschein: Putins Rückbau der Demokratie. Darüber hinaus reichende Entwicklungsperspektiven werden dagegen kaum thematisiert.

Im Grundsatz sind sich alle Beobachter einig, auf der offiziellen politischen Ebene wie in Publizistik und Wissenschaft, dass die demokratische Entwicklung Russlands fundamentale außen- und sicherheitspolitische Interessen des Westens berührt.<sup>89</sup> Insoweit wird der Theorie des demokratischen Friedens gefolgt, da eine Abkehr Russlands vom Pfad der demokratischen Tugend eine dauerhaft stabile Kooperation – oder gar eine „strategische Partnerschaft“ – mit den westlichen Demokratien gefährde, respektive generell ausschließe. Die mittlerweile kaum weniger verbreitete Theorie, wonach eine demokratische Ordnung Bedingung wirtschaftlicher Entwicklung und Modernisierung sei, findet dagegen angesichts der unter Putin zu verzeichnenden Fortschritte schon weniger Berücksichtigung. Und eine kohärente außenpolitische Strategie folgt aus dem Konsens im Grundsätzlichen ebenfalls nicht, vielmehr provoziert das aktuelle Russland ganz und gar unterschiedliche Antworten. Sie scheiden sich vor allem an der Frage, ob mit Putin unverändert zu kooperieren oder ob ein distanzierter Umgang angezeigt sei, der die Kooperation an demokratische Konditionen bindet.

Für die Kritiker der aktuellen westlichen Kooperationspolitik ist die Demokratie in Russland von ausschlaggebender Bedeutung und muss daher in den Mittelpunkt der Beziehungen gerückt werden, die zudem auf „core values“ und nicht allein auf die Chemie zwischen den Staatsführern gegründet sein sollten – ein Vorwurf, der aus der Jelzin-Periode vertraut ist.<sup>90</sup> Tatsächlich aber seien der Westen und namentlich die Bush-Administration einen „faustian bargain“ mit Putin eingegangen, wie Michael McFaul die Entscheidung nannte, die Frage der Demokratie den „strategischen Interessen“ unterzuordnen. Das jedoch stelle eine nicht minder strategische Sackgasse dar, denn wenn sich

88 Brian D. Taylor, *Putin's State Building Project. Issues for the Second Term*, Washington D. C. (CSIS, PONARS Policy Memo 323), November 2003, S. 1.

89 „Russia's development in a democratic direction is a vital national security concern to Russia and to the United States.“ So z. B. Tom Bjorkman, a.a.O. (Anm. 49), S. 13. Variationen ergeben sich allein aus der Bedeutung, die Russland generell für den Westen zugeschrieben wird.

90 „Now it is time to take a hard look at the Putin path and consider a new and different policy toward Russia; one that does not give a pass to undemocratic behavior in the name of fighting terrorism.“ Sarah E. Mendelsohn, *Wanted: A New U. S. Policy on Russia*, Washington D. C. (CSIS, PONARS Policy Memo 342), Januar 2004, S. 1, 4f.

die Entwicklung zum Autoritarismus in Russland fortsetze, bestehe auf mittlere Sicht die akute Gefahr eines neuen Ost-West-Konflikts. Daher bestehe ein „strategisches Interesse“ an der Demokratisierung eines so gewichtigen Landes. Dies erfordere, die Demokratieförderung in das Zentrum der Außenpolitik zu rücken und deutlich die demokratischen Defizite in Russland zu thematisieren.<sup>91</sup> Mehr noch sei ganz im Sinne des US-Kongresses auch die Mitgliedschaft des Landes in den westlichen Clubs wie der G-8 zu überprüfen.<sup>92</sup> Wurde diese in der Vergangenheit auch als Mittel der „Sozialisierung“ betrieben, so sei hier die Reihenfolge umzudrehen:

„Russia must meet the standards of international institutions first, and then be offered membership. Membership, including even qualified membership, should not be granted as a way to push Russia toward meeting the standards. And if Russia actually loses ground after meeting membership standards, then expulsion must be seriously considered.“<sup>93</sup>

Die Anhänger einer ungeschmälernten westlichen Kooperationsbereitschaft hingegen wollen an der sozialisierenden Funktion, die sie der Integration Russlands in die westlichen Strukturen beimessen, festhalten und plädieren vor diesem Hintergrund für einen konstruktiven Dialog auf allen Ebenen, denn: „Treating Russia as part of the West rather than as a country whose choice is still to be made can become a self-fulfilling prophecy.“ Die Schaffung eines „internationalen Umfeldes“ das die demokratischen Kräfte in Russland unterstützt und stimuliert sei daher unverändert aktuell. So habe die Erfahrung gelehrt:

„When the potential benefits of ‚joining Europe‘ and becoming part of the Western community of nations have been apparent, domestic forces pushing for democratic change have been strengthened, and policies promoting democratic values have been accelerated.“<sup>94</sup>

91 Statement of Michael McFaul, Hearing des Unterausschusses für Europa des Ausschusses für Internationale Beziehungen, US-Repräsentantenhaus, 30. September 2003, Serial No. 108-54, S. 13-15, 17, 40-42. Ähnlich auch James M. Goldgeier und Michael McFaul, ‚New Russia‘ Ailing. Stand Up, Mr. Bush, in: Los Angeles Times, 21. September 2003.

92 So hatten bereits am Beginn der Jukos-Affäre von republikanischer Seite Senator McCain sowie von demokratischer Senator Lieberman und der Abgeordnete Tom Lantos mit einer – erfolgreichen – gemeinsamen Gesetzesinitiative den Ausschluss Russlands aus der G-8 gefordert, „bis das Land den internationalen Normen und Standards der Demokratie, darunter eine freie Presse, folgt“. House International Relations Committee, Democratic Office Press Releases, November 2003. Senator John McCain, auch er ein Unterzeichner des eingangs genannten Offenen Briefes, hatte diese Initiative mit Verweis auf den „despotischen“ Charakter des Regimes und seiner „neoimperialen“ Politik im Raum der ehemaligen Sowjetunion noch schärfer begründet und Russland gar zum „Feind“ der USA stilisiert (Moscow Times, 26. November 2003).

93 Michael McFaul, Reengaging Russia. A New Agenda for US-Russia Relations, in: Current History, Oktober 2004, S. 312. Die Forderung fand Unterstützung auch in Mainstream Think Tanks wie dem Washingtoner CSIS, vgl. Celeste Wallander, „Priorities for U.S. Foreign Policy after the Russian Presidential Elections“, Vortrag beim Kennan Institut des Woodrow Wilson Centers, 15. März 2004, S. 3. Allerdings widmet sie den demokratischen Defiziten Russlands vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit und befasst sich überwiegend mit den Vorteilen bei der Terrorismusbekämpfung, der Nichtverbreitung und der Energiesicherung einer engen Zusammenarbeit mit Russland für die USA. Grundsätzlich gilt für sie daher: „engage Russia as it is“, wobei offen bleibt, wie dies mit einem Ausschluss aus der G-8 korrespondiert.

94 Bjorkman, a.a.O. (Anm. 49), S. 12, 94. Ähnlich aus realistischer Perspektive auch Nikolas K. Gvosdev (a.a.O. (Anm. 55), S. 38): „The United States is not pleased with the Russia that is emerging. Yet for all

Auch wenn es aus der Jelzin-Periode reichlich Anschauungsmaterial für diese These gibt, so lehrt Putin allerdings eher das Gegenteil, denn noch nie war die Verflechtung mit Russland so dicht wie heute, und noch nie war das Land weiter von den demokratischen Standards entfernt, zu denen es sich mit dem Ende der Sowjetunion bekannt hat. Für die traditionellen Realisten, die sich unter den aktuellen Bedingungen der terroristischen Bedrohung ebenfalls überwiegend im Lager der strategischen Partner Russlands einfinden, sind solche Probleme allerdings von sekundärer Bedeutung. Zwar teilen auch sie im Grundsatz die Bedeutung gemeinsamer Werte, zumal dann, wenn es um die Bildung von Bündnissen geht. Dies schließe aber eine „genuine partnership based on shared vital interests“ keineswegs aus.<sup>95</sup> Insofern seien gemeinsame Werte zwar wichtig, gemeinsame Interessen aber essentiell, wie Dimitri Simes, der Präsident des Nixon Centers, eines Bollwerks des politischen Realismus in den USA, dazu anmerkte. Danach sei es unverantwortlich, „if because of our differences with Russia over important, but not essential matters, we neglected the most fundamental American interests in the relationship with Russia, namely terrorism and nonproliferation.“ Daraus folgt für ihn in realistischer Tradition, dass russische Menschenrechtsverletzungen zwar nicht schweigend übergangen werden sollen, „but that we should remember that if we want Russia to be a partner, we should treat Russia as a partner.“<sup>96</sup>

Auch hier wäre allerdings kritisch anzumerken, dass zwischen Interessen und Werten keineswegs eine Brandmauer verläuft, worauf Stephen Sestanovich vom Council on Foreign Relation zu Recht aufmerksam macht:

„How Russia is ruled is important to us not just as a matter of democratic solidarity. It affects our strategic bottom line. The further apart our values are, the less likely we are to see our interests in the same way.“<sup>97</sup>

Das wiederum wirft die Frage nach der Projektion der eigenen Werte auf, denn in doppelter Weise hat sich der Westen in der Vergangenheit ein Russland nach dem eigenen Bilde geschaffen. Das gilt zum einen für die konjunkturellen Variationen in der Wahrnehmung des Landes. Unter Jelzin etwa wurden gezielt die demokratischen Defizite negiert und wurde gar – so bei den Präsidentschaftswahlen 1996 – an demokratisch höchst fragwürdigen Praktiken aktiv partizipiert – all dies, um die Illusion aufrecht zu erhalten, dass sich Russland im Ringen mit den rot-braunen Mächten der Finsternis zuverlässig auf einem westlich orientierten Entwicklungsweg zu einer demokratischen Marktwirtschaft befin-

the defects, there are many ways in which Russia can be successfully engaged. Isolating Russia is counterproductive at this juncture. Even under present conditions, there remain significant openings through which the United States and other Western states can influence and shape developments in Russia.“

95 Nikolas K. Gvosdev im Hearing des Ausschusses für Internationale Beziehungen des US-Repräsentantenhauses, U.S.-Russia Relations in Putin's Second Term, 18. März 2004, S. 1.

96 Statement of Dimitri Simes, Hearing des Unterausschusses für Europa des Ausschusses für Internationale Beziehungen, US-Repräsentantenhaus, 30. September 2003, Serial No. 108-54, S. 19, 21.

97 Testimony of Stephen Sestanovich, Hearing des Ausschusses für Internationale Beziehungen des US-Repräsentantenhauses, U.S.-Russia Relations in Putin's Second Term, 18. März 2004, S. 3.

de.<sup>98</sup> Unter Putin, der Russland weit stärker an das westliche Lager gerückt hat, werden nun umgekehrt die Schwächen drastisch überzeichnet, wobei der Vorwurf des Neostalinismus und des Italo-Faschismus schon fast zur gängigen Münze geworden sind.

Zum anderen betrifft die Projektion die den Wertungen zugrunde liegenden Demokratiemodelle und die Freiheitsgrade, die Russland bei der Ausgestaltung seines politischen Systems im Namen der Demokratie zugestanden werden. Offizielle politische Verlautbarungen räumen hier den betroffenen Ländern durchaus das Recht auf demokratische Selbstbestimmung ein. Das hat den Vorteil, bei außenpolitischem Bedarf großzügig über allfällige Defekte hinweg sehen, mithin den eigenen Handlungsspielraum vergrößern zu können. Und es hat den Nachteil, dass davon in der Demokratisierungspolitik selbst wenig bis nichts zu spüren ist. In der Wissenschaft finden sich dagegen konkurrierende Ansätze, die mit einer unterschiedlich ausgeprägten Bereitschaft korrespondieren, die russischen Abweichungen vom westlich-liberalen Standard zu akzeptieren. Auch hier scheiden sich die beiden oben identifizierten Lager. So erteilt etwa Tom Bjorkman allen Versuchen eine klare Absage, „to impose Western institutions on Russia’s political landscape or lecture Russian leaders about shortcomings in their current democratic practise.“ In Russland werde sich auf Grund der spezifischen Bedingungen eine Demokratie „Russian style“ durchsetzen, die sich auch durch einen deutlich paternalistischeren Staat auszeichne.<sup>99</sup>

Noch radikaler grenzt sich Stephen Cohen von den „American missionaries“ und der „falschen Annahme“ ab, „that only programs made in the U.S.A. can reform Russia.“ Dies habe zum schlimmsten „American foreign policy disaster“ seit Vietnam geführt, Amerika in Russland auf die „falsche Seite der Geschichte“ plazierte und dank eines „politically reckless and even immoral policy conduct“ in Russland das bereits zitierte „Frankenstein’s monster“ System entstehen lassen.<sup>100</sup> Ganz anders dagegen McFaul. Er bekennt sich offen zu der auch von ihm so genannten „US-zentrischen“ Perspektive der „liberalen Demokratie“ als dem allein akzeptablen Maßstab. Geringere Ansprüche seien für genuine Anhänger der Demokratisierung sowohl in Russland als auch im Westen „analytically circumspect and politically self-defeating“. Gemessen daran war Russland allerdings zu kei-

98 Vgl. Zur Begründung dessen während der Clinton-Administration Strobe Talbott, *The Russia Hand. A Memoir of Presidential Diplomacy*, New York (Random House), 2002.

99 Bjorkman, a.a.O. (Anm. 49), S. 31-34, 94. Ähnlich auch Dimitri Simes, den es nicht verwundert, dass „die Russen“ vor dem Hintergrund der negativen Demokratieerfahrungen der 1990er Jahre jetzt „ihren eigenen Weg gehen wollen“: „[T]hey are not building a dictatorship, at least not yet. They are not becoming a democratic nation, at least not yet, but they are trying to build their own identity. They focus on their own right to make decisions affecting their own identity.“ Statement of Dimitri Simes, Hearing des Unterausschusses für Europa des Ausschusses für Internationale Beziehungen, US-Repräsentantenhaus, 30. September 2003, Serial No. 108-54, S. 43.

100 Cohen, a.a.O. (Anm. 53), S. 181, 193, 206.

nem Zeitpunkt eine (liberale) Demokratie, so dass der Rigorismus der Kritik an Putin doch überraschen muss.<sup>101</sup>

Tatsächlich ist in vielfacher Hinsicht der Unterschied zwischen Jelzin und Putin „merely one of style, not substance.“<sup>102</sup> Es ist daher nicht minder politisch fragwürdig und analytisch irreführend, wenn *post festum* Jelzins Regime demokratisch idealisiert und Putins autoritär dämonisiert wird: Mit Stalin und Mussolini hat Putin nichts gemein; mehr noch stellt dieser Vergleich eine geschichtsblinde Verharmlosung beider Varianten totalitärer Herrschaft dar, der auch nicht dadurch an Plausibilität gewinnt, dass beide ebenfalls einst unter der Flagge einer etatistischen Modernisierung ihrer Länder angetreten waren. Auch unterstellt der Vergleich eine Entwicklungsdynamik des politischen – nicht des wirtschaftlichen – Systems, die sich in dieser Klarheit keineswegs abzeichnet. Dies aber ist genau das Problem, denn während Jelzin in seinem oligarchisch-deliberativen Autoritarismus mit allen möglichen demokratischen Ingredienzien zu jonglieren verstand, glaubt Putins bürokratisch-zentralistischer Autoritarismus darauf völlig verzichten zu können. Offen ist allein, wo der von ihm eingeschlagene Weg endet, denn mit dem deklaratorischen Ziel, nach OECD-Standards ein politisch modernes und wirtschaftlich wettbewerbsfähiges Land werden zu wollen, ist die politische Praxis kaum mehr in Deckung zu bringen. Sie lässt vielmehr ein korporatistisches Gesellschaftsmodell erkennen, wie es für Rohstoffökonomien auch in anderen Teilen der Welt charakteristisch ist: Russland als Obervolta mit Öl?

Es sind denn auch die Unsicherheiten über das autoritäre Potential des Putin-Regimes, an denen sich letztlich die westlichen Geister mit ihren Politikempfehlungen scheiden. Das gilt nicht für die Kritiker im eigenen Land, deren Äußerungen häufig ebenso radikal ausfallen, für die aber eine Abkehr des Westens von Russland keine Option darstellt – allein schon, weil sie umgekehrt eine Abkehr Russlands vom Westen fürchten.<sup>103</sup> Das ist in der Tat eine Option, die in der Moskauer politischen Klasse bei Bedarf immer mal wieder ventiliert, nicht aber ernsthaft verfolgt wird. Im Gegenteil hat gerade Wladimir Putin eine erstaunliche Sensibilität gegenüber westlicher Kritik demonstriert und eine ebenso große Bereitschaft, sich auf westliche Wünsche einzulassen. Die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls im Oktober 2004 ist hier nur das jüngste, die Kooperation im Kampf gegen den

101 McFaul, Petrov, Ryabov, a.a.O. (Anm. 44), S. 5. In der praktischen Demokratieförderung folgt für ihn daraus, nunmehr Projekte zu verfolgen, „that empower society“ (Colton, McFaul, a.a. O (Anm. 42), S. 22). Dies hält Cohen schlicht für „fahrlässig“, weil dem Begriff „Zivilgesellschaft“ jegliche Substanz abgehe, solche Formeln in der Regel dazu herhalten, exklusiv „our guys“ zu unterstützen, und weil allein der Staat die notwendige Stabilität zu garantieren vermag. Er fordert daher „most of the official U.S. missionaries still encamped in Russia“ abzuziehen: „Along with high-living private ‚advisers‘ funded by the U.S. government they have done more harm than good. If nothing else, their activities are a constant source of the Anti-American backlash.“ Cohen, a.a.O. (Anm. 53), S. 215-217.

102 Vlad Sobell, Why Russia is confusing, MS Daiwa Institute of Research Ltd, abgedruckt in Johnson’s Russia List 8076 (20. Februar 2004), www.cdi.org.

103 So plädiert etwa auch Grigorij Jawlinskij entschieden dafür, dass Russland als „wertvoller Verbündeter“ behandelt wird. Grigory Yavlinsky, Assessing Russian Democracy. Rede im Belfer Center, 5. Februar 2002, in: www.eng.yabloko.ru.

internationalen Terrorismus – ungeachtet aller Kritik an vermeintlichen westlichen Doppelstandards – das prominenteste Beispiel. Folglich existieren durchaus Einflussmöglichkeiten, die jedoch Kooperation, nicht Abgrenzung voraussetzen. Das demonstriert nicht zuletzt der aktuelle Versuch eines gemeinsamen Krisenmanagements in der Ukraine, nachdem sich dort zuvor das westliche und östliche Europa auf den beiden entgegengesetzten Seiten der Wahlbarrikade eingefunden hatten und Russland wenig Scheu demonstrierte, mit Hilfe seines Kandidaten das Land nach dem eigenen autoritären Bilde zu formen.<sup>104</sup> Die offene Thematisierung demokratischer Defizite und die Integration Russlands in den westlichen Clubs schließen sich damit nicht aus, sondern haben insoweit eine sich wechselseitig verstärkende Funktion, die es zu nutzen gilt.

Allerdings bedarf dieses Votum der Qualifizierung, denn die westlichen Clubs, denen Russland anzugehören wünscht, wie die G-8 und die OECD, oder mit denen es privilegierte Beziehungen zu unterhalten wünscht, wie die NATO und die EU, repräsentieren zugleich auch Werte, die nicht beliebig dehnbar sind. Zwar ist die Demokratie auch im Kalten Krieg regelmäßig strategischen Interessen geopfert worden, und auch nach dem 11. September sind namentlich die USA mit zahlreichen Partnern ihres Krieges gegen den internationalen Terrorismus einen „faustian bargain“ eingegangen. Doch gehen von einer unkonditionierten Mitgliedschaft und Kooperation fragwürdige Signale aus: nach Russland, dass eine autoritäre Transformation des Landes toleriert wird, sowie darüber hinaus, dass demokratische Werte nur unter Schönwetterbedingungen von Bedeutung und nicht übermäßig ernst zu nehmen sind. Insoweit gibt es durchaus eine rote Linie, die für Anhänger wie Kritiker russischer Integration gleichermaßen gilt, nur unterschiedlich gezogen wird. Belarus etwa hat diese Linie ohne Zweifel überschritten, auch wenn keineswegs klar ist, dass ein Aleksandr Lukaschenka als russischer Präsident die gleiche westliche Behandlung erfahren würde. Ähnliches gilt aktuell für die Ukraine, wo allerdings ebenfalls nicht klar ist, ob das Engagement der EU durch die Sorge um die demokratischen Werte in Anbetracht flagranter Wahlfälschungen provoziert wurde oder durch die Sorge um die ukrainische und die europäische Stabilität in Anbetracht ihrer innenpolitischen Folgen.

Die sozialisierende Wirkung, die internationalen Organisationen im Prinzip immer zukommt, findet folglich dort ihre Grenze, wo sie zum Pakt der Verharmloser und Ignoranten mutiert. Wenn etwa der Bundeskanzler Wahlen, die keine sind, als solche bezeichnet, ist den Bedingungen einer sozialisierenden Mitgliedschaft zweifellos nicht Genüge getan. Doch wenn umgekehrt Russland bereits heute aus der G-8 entfernt werden soll, ist zu fragen, welche Reaktionen verbleiben, sollte etwa Putin nach bewährtem zentralasiatischen Muster 2008 seine Präsidentschaft *ad ultimo* verlängern wollen. Diese Varianz im Umgang mit Moskau sagt denn auch mehr über die Spannweite der Interessen auf westli-

104 Das hat für Russland durchaus innenpolitische Implikationen, denn kaum etwas zeigt deutlicher die Grenzen des Putinismus auf, als der in Abchasien und der Ukraine nun bereits zweimal gescheiterte Versuch, diesen mit beträchtlichem Moskauer Einsatz als Exportartikel den russischen Nachbarregionen zu verordnen. Der Erfolg im eigenen Land macht offenkundig blind für die spezifischen Bedingungen, unter denen allein der Putinismus zu gedeihen vermag – was ihn auch in Russland als vergängliches Phänomen erscheinen lassen mag.

cher Seite aus als über deren russisches Objekt. Zu handfesten Differenzen in der Politik der westlichen Hauptstädte geronnen, ermöglicht sie der russischen Seite zugleich, diese gegeneinander auszuspielen. Dem versucht die Europäische Union zu Recht entgegenzutreten, denn solche Dissonanzen vergrößern noch den Schaden für das gemeinsame demokratische Ziel und verschärfen das grundlegende Dilemma der Grauzone, in der sich Russland eingefunden hat. Da diese mit reichlich Anschauungsmaterial sowohl aufgehellert als auch verdunkelt werden kann, fehlen klare Orientierungen. Daran wird sich absehbar nichts ändern, auch wenn wie erwünscht die Lautsprecher angestellt werden und sich die G-8 wider Erwarten als Forum klarer Worte profilieren sollte.